

Beiträge zur Geschichte der Mühlen in der Herrschaft Cottbus bis 1700.

Von Fritz Schmidt.

Vortrag,
gehalten im Verein für Heimatkunde
in Cottbus
am 18. Oktober und 8. November 1911.



MAG / Ra

99-19017

Abdruck aus dem Cottbuser Anzeiger.

Mag

BTU Cottbus
Uni.-bibl.

99-190179/01



* 99-190179+01 *

Zu allen Zeiten haben die Mühlen das besondere Interesse der Menschen erregt. Könige und Landesherren betrachteten sie als gute Einnahmequellen und erhoben durch sie vielfach die ersten indirekten Steuern, Gelehrte und Techniker schärften ihren Erfindungsgeist an der vorteilhaftesten Einrichtung der Mühlen, und die Dichter verherrlichten oft das Tun und Treiben des Müllers oder die anmutige Lage seines Besitztums in ihren Liedern. Nordische *) und deutsche **) Sagen haben Mühlen als Hintergrund, unsere Landschaftsmaler stellen sie mit Vorliebe im Bilde dar, und der Historiker der Gegenwart blickt auf sie als auf Fundgruben, der Geheimnisse der Vorzeit.

Von der Zeit an, als die Menschen anfangen, die Getreidekörner als Nahrung zu benutzen, hat es auch Vorrichtungen gegeben, die Körner zu zermalmen, um ihren Gehalt für die Nahrungsaufnahme tauglicher zu machen. Anfangs war dies Geschäft die Arbeit der Weiber und Leibeigenen und wurde eines freien Mannes für unwürdig erachtet. In der Helgisage berichtet die Edda, daß Helgi auf der Flucht vor Hunding sich nicht anders zu verbergen wußte, als daß er die Kleider einer Magd anzog und in der Mühle zu mahlen begann. In dieser Verkleidung entging er seinen Verfolgern, die den Königssohn bei der Sklavenarbeit der Mühle nicht vermuteten.

Zwei Steine, ein größerer Bodenstein und ein kleinerer, der von der Hand hin und her oder im Kreise auf der Unterlage bewegt wurde, genügten anfangs für dies Geschäft. Später wandte man Mörser an, aus denen sich die Handmühlen entwickelten. Herr Pastor Hildebrandt, Leuthen, hat bei seinen Ausgrabungen Mühlsteine der alten Zeit gesammelt.†) (N. L. M. VII. Bd. S. 264).

K. Weineck hat S. 114 im 2. Bd. der Niederlausitzer Mitteilungen solche aus Granit gehauenen alten Mühlsteine beschrieben, die bei Lübben gefunden worden sind. Mit der Zeit kam man darauf, der Handmühle eine Deichsel zu geben und sie vom Vieh treiben zu lassen.

Neben diesen Roßmühlen und den oben erwähnten Handmühlen entstanden nun auch, wie einige sagen, schon zu den Zeiten Julius Cäsars, die Wassermühlen, die aber urfänglich zuerst in den Geseßen des Honorius u. Arcadius ums

*) Bergl. Hugo Gering: Die Edda S. 377. Das Lied von Grotti.

**) Landjugend von Sohnrey 8. Jahrg. Rudolf Vogel: Die Wodansmühle = Mühle des Wodan.

†) Im hiesigen Altertumsmuseum und im Pfarrgarten zu Leuthen sind solche alten Mühlsteine vorhanden.

Jahr 398 als aquae molae vorkommen und später in den salischen Gesetzen erwähnt werden. Die Herkunft der Windmühlen läßt sich nicht genau bestimmen. Ihre Verbreitung in Deutschland ist wie die der Wassermühlen mit der fortschreitenden Kultur von Westen nach Osten erfolgt.

So lange die natürliche Freiheit der Menschen noch nicht durch Gesetze eingeschränkt war, konnte jeder auf seinem Grund und Boden bauen, was er wollte, also auch Wassermühlen und Windmühlen. Kaiser Friedrich Barbarossa (1152—1190) zog die Wassermühlen zum Wasserregal. Er erklärte die Anlage derselben, da die Wasserkraft der öffentlichen Ströme benutzt wurde, für ein Recht des deutschen Königs. Weil die Windmühlen die Einnahmen der Wassermühlen schmälerten, wurde das Mühlenregal auch auf die Luft ausgedehnt. Da die Anlage einer Mühle wegen der Kosten nur von Reichen unternommen werden konnte, entstand die Bedingung, daß die Nachbarn nur auf dieser Mühle mahlen mußten; diese Verpflichtung bezeichnen wir mit dem Namen Mühlenzwang. Das Mühlenregal wurde durch Kaiser Friedrich III. dem Kurfürsten Friedrich II. von Hohenzollern und seinen Nachkommen am 23. Juli 1456 als eine kaiserliche Gnade verliehen nicht nur für die Mark, sondern auch für die französischen Besitzungen des Geschlechts. (Miedel B. V. S. 18.)

Nach diesen Vorbemerkungen wollen wir uns nun den Mühlenverhältnissen der alten Herrschaft Cottbus zuwenden. Die älteste Mühle in der Herrschaft Cottbus war unstrittig **„die Stadtmühle“**, welche am Fuße des Schloßberges in der Nähe des Schlosses zu Cottbus an derselben Stelle stand, wo sich heute das Elektrizitätswerk befindet.

Wann der jeweilige Herr von Cottbus infolge einer königl. Begnadigung sie erbauen ließ und seine Untertanen zwang, hier das Korn mahlen zu lassen, wird man wohl nicht mehr bestimmen können. Zum ersten Male wird, soweit meine Kenntnis reicht, die Mühle in der Stadt 1435 urkundlich erwähnt. In den Görlitzer Ratsrechnungen (7. August) (Recht, Cod. dipl. Zus. sup. II 568, 28) finden wir die Notiz: Item dem molner von kotbus als man in besante von des bauwes wegin der mol zu vertrinken $\frac{1}{2}$ m. gr. Der Stadtmüller von Cottbus erteilte als Sachverständiger den Görlitzern Ratschläge für den Bau einer Wassermühle daselbst. Die hiesige Stadtmühle gehörte nicht der Stadt, sondern der Herrschaft und ging bei dem Verkauf der Hälfte derselben 1445 zur Hälfte in den Besitz des Kurfürsten Friedrichs II. über. Es waren eigentlich zwei Mühlen, die hier für die Bedürfnisse der Landschaft sorgten; das geht aus einer Verschreibung hervor, die Friedrich II. am 4. November 1446 (Miedel B. V. 4) für den Müller Nicolaus Psil ausstellte. Dieser wird vom Kurfürsten „unser molner auf unserm teile der Molen zu C.“ genannt. „Er soll den vierten halben Scheffel haben an Getreide und was us der molen

gefeslet. Dafür soll er den vierten halben Pfennig geben zu Steynen, ysen, Stale und was zu dem halben teile der molen gehoret."

1448 anfangs Februar erhielt die Herrschaft Cottbus den ersten kurfürstlichen Amtshauptmann Bedigo von Kottwitz. In seiner Bestallungsurkunde (Borbs Inv. Nr. 783) gelobt ihm der Kurfürst außer anderen Einkünften aus der Mühle „mit 4 Raden nechst dem Schlosse" das Steinmehl. Mit dem Ableben Luthers von Cottbus 1455 gelangte auch der andere Teil der Stadtmühle bezw. die zweite Mühle laut des Vertrages von 1443 in den Besitz des Kurfürsten.

Wie es scheint, wurden bei dem Neubau und der Ausbesserung der Stadtmühle nicht nur die Amtsuntertanen, sondern auch die Untertanen der Ritterschaft zu Diensten herangezogen. Dies tat 1509 der Hauptmann von Cottbus, Sigismund von Chlum. Da die Ritterschaft sich beeinträchtigt glaubte, bat sie am Samstag nach nativitat^s Marie 1509 den Kurfürsten um Abhilfe. Als Vitzteller werden genannt Christoff von Rabelitz, Khan von Mülen, Georg von Muschwitz zu Lewten, Jacoff und Hans von Cathewitz Gebrüder, Jacob Dueiß, Jacoff von Schonfeld und Heinrich von Rabelitz zum Gor. Welcher Bescheid der Ritterschaft wurde, ist aus den Akten nicht ersichtlich. (Rgl. Geh. Staatsarchiv. Rep. 56. Nr. 11.)

Schon unter den Herren von Cottbus hatten die hiesigen Franziskanermönche aus der Stadtmühle gewisse Vorteile gezogen. Am 25. Oktober 1500 bestätigt Kurfürst Joachim I. zu Cottbus dem Kloster die Holzgerechtigkeit in den Wäldern bei Reiz und bestimmt weiter, das sy all getreid so sie von Ihres closters wegin zu gebrauchen haben In unsere mollen zu cotbus so vill unser herschaft des beruret frey malen mogen lassen laut der brive darüber aussgangen. (Riedel B. VI. 158.)

Während hier der Kurfürst Joachim I. dem hiesigen Kloster nur alte, verbrieft^e Rechte bestätigte, zeigte er sich der Stadt gegenüber von besonderem Wohlwollen. Am 12. März 1510 vereignet er aus besonderer Gnade und in Anbetracht der mannigfaltigen Dienste, die ihm die Stadt Cottbus geleistet, die molle, Madlow genannt, mit allen gnaden, rechten, freyheiten, herligkeiten und nuzungen, wie sie seine Vorfahren inne gehabt haben, der Stadt. Dafür hat diese jährlich drei Malter Getreidezins an das hiesige Amt, einen Malter an den jeweiligen Pfarrer zu Madlow und einen Malter an das hiesige Hospital abzuführen und die Mühle in wesentlichen gebaw zu halten. (Riedel B. VI. 236.) Die Stadt stellte dem Kurfürsten über ihre Verpflichtungen einen Revers aus am Sonntage Oculi 1510. (Rgl. Geh. Staatsarchiv. Rep. 56 Nr. 38.)

Diese Urkunde lehrt, daß die Madlower Mühle schon in der letzten Hälfte des 15. Jahrhunderts entstand. Tatsächlich ergeben die Akten, des Rgl. Geh. Staatsarchivs (Rep. 56

Nr. 31) aus einer Eingabe der Stadt an den Kurfürsten Joachim Friedrich vom 16. Februar 1598, daß die „Madelmühle — an der Stad Dörfflin, die Madlo genannt ao. 1496 zu dieser Stadt beste erkauft worden ist.“ In dieser Zeit, 1488 am 17. November, wird auch „die wüste moel under Krieschow“ erwähnt. Bernhard v. Seifritzh gestattet mit Bewilligung des Amtshauptmanns Eitelrich v. Zollern, daß der Müller Jurisch Schietke vom Pfarrer Donat Cöhwig, dem Besitzer des Altars unserer lieben Frauen in der Pfarrkirche zu Cottbus, 5 sch. leihen darf, wofür er jährl. 4 Scheffel Korn als Rins verspricht. Dieser Mühlenzins ist nach der ältesten Kirchenmatrikel von 1598 auf 1 Malter angewachsen. In dem Kirchenrezeß von 1638 wird die Mühle zu Krieschow unter den Restanten der Oberkirche aufgezählt.

Die Vereignung einer Mühle seitens des Landesherrn war eine große Gnade, weil mit der Mühle auch zugleich die der Mühle zugewiesenen Mahlgäste vereignet wurden. Daß in der Stadtmühle verschiedene Untertanen der Herrschaft Cottbus zu mahlen verpflichtet waren, zeigt sich in den Verhandlungen mit den Ständen des Kreises Cottbus 1511 Donnerstag nach Laurentii. Da wird bei Punkt 4 den ritterschaftlichen Untertanen, die zu derselben mollen gehören und schuldig sind dar Inen zu malen, versprochen, daß sie von dem molener oder seinen knechten nicht hoher beswert werden, denn sie von alters getan haben. Auf diesen Artikel haben der molmeyster und metter *) sonderliche pflicht gethan. (Raumer. Cod. dipl. cont. I p. 238).

Daß die Stadtmühle ein wertvolles Besitzstück für den Kurfürsten war, zeigt sich auch darin, daß sie bei kurfürstlichen Anleihen als Pfandobjekt dienen mußte. Am 5. April 1518 verschreibt der Fürst 30 rheinische Gulden aus den Einkünften der Mollen zu Cottbus, alle Jahr auf Ostern einzunehmen, für ein Kapital von 500 rheinischen Gulden (den Gulden zu 21 gr. gerechnet), dem begüterten Hans v. Bolenz. (Niedel B. VI. 288.)

In den Lokationsurkunden der hiesigen Amtshauptleute jener Zeit spielen die Stadtmühlen keine geringe Rolle. Dem Hans von Dohna verspricht der Kurfürst 1521 die notzungen aus den mollen (Assumpt. Marie) (Raumer Cod. dipl. cont. II p. 266) dem Balthasar v. Buch 1527, das stauffmehl auss allen mollen. (Raumer Cod. dipl. II. p. 280.)

Nach dem Tode Joachims I. erhielt Markgraf Johann die Neumark und Cottbus, und die hiesige Stadtmühle wurde das Eigentum dieses durch seine zielbewußte Landesverwaltung bekannten Fürsten. 1555 den 31. März, am Sonntag

*) Der Metter ist der kurfürstliche Beamte, der von den Mahlgästen, im Auftrage des Landesherrn von jedem Scheffel Mahlgut eine Meze für die Benutzung der Mühle zu vereinnahmen hatte.

Rudica, erschien seine Mühlenordnung, „wie es im Amte Cottbus hinfürder mit Korn- und Malzmahlen und künftig mit Einnehmung der Bierziesen, mit den Zeichen und Rezhölzern, auch mit Vermehrung des Malzes, Weizens, Roggens auch mit den Mahlgästen solle gehalten werden.“

Da diese Mühlenordnung die verschiedensten heimatischen Verhältnisse berührt und aufklärt, will ich auf sie etwas näher eingehen.

Der erste Teil handelt von der Einnahme der Ziese, den Reichen und Retteln. Die Ziese war eine 1488 vom Kurfürsten Johann Cicero eingeführte indirekte Steuer auf das Bier, dazu bestimmt, die auf dem Lande ruhende Schuldenlast mit der Zeit zu tilgen. Bevor ein Brauer Malz in die Mühle brachte, mußte er sich zuvor beim Ziesemeister melden und die volle Bierziese, von 16 Vierteln Bieres 48 märkische Groschen, erlegen. Darauf erhielt er vom Ziesemeister einen Rettel (Quittung mit Datum der Zieseabgabe), den er der dazu verordneten Ratsperson übergeben mußte. Der Rettel wurde in eine auf dem Rathause aufgestellte Lade gesteckt, zu welcher der Amtschreiber allein den Schlüssel besaß. Die Ratsperson gab alsdann dem Brauer ein bleiernes Zeichen (Marke), das dem Müller übergeben und von diesem in Gegenwart des Brauers in eine eiserne Büchse geworfen wurde. Zu dieser Büchse hatte der Amtskastner den Schlüssel. Von 24 Scheffeln gestrichen Malz, die auf ein volles Gebräu gerechnet wurden, ging ein gehäufter Scheffel zur „Meze“, von dem übrigen Malz durften nicht mehr als 16 Viertel Bier gezogen werden.

Für die Brauberechtigten vom Lande wurde zum Malz eine Streichmeze, von denen 12 auf einen gestrichenen Malzscheffel gingen, eingerichtet. Von 2 gestrichenen Malzscheffeln hatten die Brauberechtigten eine gestrichene Meze abzuführen.

Diese Steuer, in Gestalt von Malz, wurde in einen verschlossenen Kasten, den Mezkasten, geschüttet. Der Kastner hatte den Inhalt dieses Kastens mit dem Streichmaß auszumessen, an den Müller den achten Teil als Deputat abzuführen und den Rest nach Peitz oder sonst wohin nach Verordnung zu verschicken oder zu verkaufen. Das für die Haushaltung Peitz oder das Haus Cottbus bestimmte Malz mußte umsonst gemahlen werden.

Der neue gestrichene Scheffel zum Malz wurde mit dem gewöhnlichen Kornscheffel, in welchem man die Gerste gestrichen zu kaufen pflegte, geeicht. 36 Kornscheffel waren 24 Malzscheffel, so daß der gestrichene Malzscheffel $1\frac{1}{2}$ Kornscheffel enthielt. Der Malzscheffel kostete bei der Einführung der Mühlenordnung einen märkischen Groschen mehr als der Kornscheffel. Wenn also ein Scheffel Gerste mit 24 Mariengroschen auf dem Markte verkauft wurde, galt der große

Malzischeffel 34 $\frac{1}{2}$ märkische Groschen, 24 Scheffel Malz also 25 fl. 28 märkische Groschen.

Für das nach Zeit geschaffte oder verkaufte Korn hatte der Rastner einen Anschlag zu machen. Nach Zeit wurde nur geliefert auf des Vogtes Erfordern und gegen Quittung.

Anfleiß des Rieseemeisters bei der Einnahme der Riese, Unordnung der Ratspersonen beim Austeilen der Marken zog 1 Gulden Strafe nach sich. Die Brauberechtigten vom Lande erhielten vom Rastner die Marken. Erfüllte dieser seine Pflicht nicht, wurde er besonders gestraft.

Der Müller hatte 1 Gulden Strafe zu entrichten, wenn er sich durch Geschenke bestechen ließ oder ohne oder mit falschen Marken mahlte. Den Rumpf des Malzrades hatte er so abzurichten, daß er jedesmal 2 Scheffel von den 24 Scheffeln des Malzmaßes ausschütten konnte. Er war auch bei seinem Eide dafür verantwortlich, daß von den Brauberechtigten in Cottbus stets 24 Scheffel zu einem vollen Malz genommen wurden. Bei Uebermaß hatte er das Plus in den Meßkasten zu schütten, bei Mindermaß hatte der Brauer das an 24 Scheffeln fehlende zu ergänzen und die Ergänzung noch einmal als Strafe in den Meßkasten zu zahlen.

Hatte der Müller Uebermaß oder Mindermaß festgestellt, so durfte er nicht eher ausschütten oder das Malz aus der Mühle lassen, bis die Vorschriften erfüllt waren.

Als Mahlgäste waren für die Stadtmühle außer der Stadt mit ihren vier Vierteln und den beiden Vorstädten 22 Dörfer auf dem linken Spreerufer bestimmt: Ostrow, Brunschwig, Schmellwitz, Saspow, Scadow, Dissen, Sylow, Briesen, Rabsow, Cünersdorf, Millersdorf, Ruben, Bapitz, Dahlitz, Werben, Brahmow, Babow, Gulben, Glinzig, Eichow, Müschen, Wiesendorf.

Bapitz und Ruben durften später auf der Windmühle zu Eichow mahlen nach der Begnadigung vom 27. August 1600; wenn aber kein Wind war, hatten die Mahlgäste sich in der Stadtmühle einzustellen. Gulben war vom Mühlenzwang des Amtes Cottbus durch Reskript vom 28. Juni 1699 dispensiert, weil es unter sächsischer Landeshoheit stand. Müschen weigerte sich, auf den kurfürstlichen Mühlen mahlen zu lassen, wurde aber nach vielen Verhören am 25. August 1697 von dem Geh. Rat Eusebius von Brandt verurteilt, in der Stadtmühle zu mahlen. — Jenseits der Spree waren der Stadtmühle zugeeignet Sandow, Merzdorf, Branitz, Sasow, Kiebusch, Frauendorf, Rahren, Dissenchen, Klein- Dieskow, Comptendorf, Drieschnitz, Casel, Laubsdorf, Auras, Rogosna, Roppatz. Außerdem gab es 6 Dörfer, die zwar eigne Mühlen hatten, aber in die Stadtmühle zu fahren verpflichtet waren, wenn sie auf den Ortsmühlen nicht abgefertigt werden konnten. Diese Dörfer waren Wintdorf mit den Rostäten des Georg von Muschwitz zu Leuthen, Radrow, Krieschow, Burgk, Striesow und Schmogrow.

Der Markgrafenmühle waren zugeordnet Leuthen (außer G. v. Muschwitzens Kossäten), Hänchen, Schorbus, Illmersdorf und Straußdorf, dazu Dömitz und Rehnisdorf, ebenso die Dörfer mit eigenen Mühlen Klinge, Trantz, Grötsch, Gablenz, Raakow.

Hauptmann und Rastner hatten alle Müller zu vereiden. Die Müller wurden dabei verpflichtet, die Mühlen in baulichem Wesen zu erhalten und das dem Markgrafen zustehende Mehrgetreide in den Mehlkasten zu schütten. Jeder Wirt, jeder Richter in der Vorstadt, jeder Schulze im Dorfe, jeder Viertelsmeister in den vier Vierteln der Stadt hatte einen Kerbstock zu führen. Der Wirt mußte die Scheffellanzahl des Kornes, Weizens, die er mahlen lassen wollte, dem Richter bezw. Viertelsmeister angeben, und dieser schnitt diese Anzahl in den Kerbstock des Bauern und in seinen eigenen ein. Der Müller hatte die Pflicht, bevor er das zu mahlende Korn aufschüttete, das Getreide auf seinen 2 Kerbstöcken aufzuschneiden.

Rastner, Amtschreiber und Hauptmann mußten alle Vierteljahr von den Müllern, Richtern in Vorstädten und Dörfern, Viertelsmeistern desgl. von jedem Bauern die Kerbhölzer fordern, mit einander vergleichen, die Summe aufstellen, des Müllers Viertel als sein Teil von dem berechneten Getreide abziehen und den Rest vom Amtschreiber in ein Register eintragen lassen. Dieser Rest wurde vom Rastner in seiner Quartalsrechnung als Einnahme gebucht.

Jeden Freitag fand in der Markgrafenmühle und jeden Sonnabend in der Stadtmühle eine Revision zur Vermeidung eines Unterschleifes statt. Die Getreidemäße mußten mit dem Zeichen des Markgrafen gebrannt sein. Fremde und Adlige durften an Wochen- und anderen Märkten Getreide aufschütten, hatten aber vom Rastner Marken zu lösen. Fremde Mahlgäste sollten bevorzugt, d. h. gleich abgefertigt werden. Ungemahlenes Korn, durfte nicht aus der Stadt geführt werden. Die Mahlgäste mußten gut bedient werden in der Reihenfolge, wie sie ankamen. Der Müller hatte die Mehlbeutel zu halten; für gesiebtes Mehl durfte er pro Scheffel einen böhmischen Pfennig fordern. Die Knechte erhielten für das Abtragen des Kornes ein Trinkgeld.

Umging ein Bürger oder Bauer den Mühlenzwang, so verlor er Pferde und Wagen, wie vor alters, das beschlagnahmte Getreide wanderte in den Mehlkasten für die Herrschaft. Der Denunziant erhielt von jedem Scheffel ein Viertel.

Jede Woche wurde der Mehlkasten ausgemess. Stimmt sein Inhalt mit den Kerbhölzern der Richter und Viertelsmeister und zeigten des Müllers Kerbhölzer weniger Kerben, so war der Müller zu bestrafen. Stimmt die Ausmessung mit den Kerbhölzern des Müllers und zeigten die Hölzer der Richter mehr, so wurden die Mahlgäste vor das Amt gefor-

dert. Erklärten sie eidlich, daß sie die richtige Zahl angegeben, der Viertelsmeister aber dieselbe nicht hatte eintragen wollen, so war dieser um ein Ort, d. h. ein Viertel eines Guldens, zu bestrafen. Der Mahlgast, welcher sich nicht beim Richter bezw. Viertelsmeister zum Aufschneiden meldete, verfiel in Strafe von $\frac{1}{4}$ Gulden.

Die kurfürstlichen Beamten, Kastner, Schreiber, Müller, Landknechte wurden bei Verabsäumung ihrer Pflichten gerichtlich bestraft.

Diese Mühlenordnung des Markgrafen Johann erwähnt schon die Markgrafenmühle, welche nach Beuch und Gulde erst 1556 gebaut sein soll. Beide Chronisten berichten auch von einer Ausbauung der Stadtmühle auf 10 Gänge in diesem Jahre. Da die Mühlenordnung vom 31. März 1555 schon die Mahlgäste der Markgrafenmühle aufzählt und ihre wöchentliche Revision Freitags anordnet, wird sie wohl 1555 schon in Betrieb gewesen sein, und wir müssen daher ihr Erbauungsjahr früher ansetzen.

Aus einer alten Rechnung des Cottbusser Kastenamts ist ersichtlich, daß die Markgrafenmühle schon 1543 in Betrieb war. (Kgl. Geh. Staatsarchiv. Rep. 56 Nr. 2). In diesem Jahre bucht das hiesige Amt als Einnahmen aus den ihr zugehörigen Mühlen:

Malz aus der Stadtmühle 485 fl. für 41 Malter,
Korn aus der Stadtmühle 243 fl. für 62 Malter 3 Scheffel,
Weizen aus der Stadtmühle 77 fl. 20 gr. für 10 Malter
5 Scheffel,

Korn aus der Markgrafenmühle 30 Malter 5 Scheffel,
Weizen aus der Markgrafenmühle 5 fl. 17 gr. für 8 Scheffel
3 Viertel,

Malz aus der Markgrafenmühle 3 fl.,

Mahlwurmühle 36 Scheffel Korn,

Schleismühle, in der Markgrafenmühle gelegen, 1 fl.,

Tuchmachermühle 10 fl. 9 gr.,

Schustermühle 3 fl. —

Die Markgrafenmühle ist mithin schon 1543 in Betrieb gewesen und wird wahrscheinlich 1556 von Grund aus ausgebaut worden sein. Anders steht es mit der Papiermühle.

Daniel Scholz, Rektor der Cottbusser Schule 1557, berichtet nach dem Seegerschen Schulprogramm von 1748: „1557 Molam ad faciendam papyrum quidam Benedictus Marsteller suis sumtibus aedificavit.“

Ein gewisser Benedict Marsteller hat die Papiermühle auf eigene Kosten gebaut. Die Papiermühle,*) welche später

*) Wahrscheinlich ist das für die Kirchenrechnung (Oberkirche) von 1623 verwendete Papier aus dieser Papiermühle hervorgegangen; denn es trägt als Wasserzeichen einen Kreis mit eingezeichneter Glocke und als Umschrift: Cottbus 1623.

nach Gulde in den Besitz des Amtes Cottbus kam, stand auf dem Grundstück des heutigen Etablissements Eichenpark.

Markgraf Johann von Cüstrin hatte die Absicht, die Madlower Mühle, die 1510 der Stadt verliehen worden war, wieder fiskalisch zu machen. Bürgermeister und Rat der Stadt richteten, daher im Jahre 1547 an den Markgrafen ein Bittgesuch, in dem sie die damalige Finanzlage der Stadt in bewegten Worten schilderten. Die Mühle, so führen sie aus, haben sie zur Verbesserung gemeiner Stadt empfangen und über 40 Jahr gebraucht. Vor 30 Jahren sei keine Gasse zu Cottbus gewesen, die nicht wüste, verfallene und wirtlose Häuser gehabt. Die Tuchmachergasse und die Leinewebergasse wären noch jetzt zur Hälfte wüste und unbewohnt. Darum habe der Markgraf die geistlichen und andere Rinsen auf die Hälfte gestellt und bestimmt, wer auf wüsten Stellen baue, werde drei Jahr von aller Verpflichtung frei gelassen. Trotz dieser Erleichterungen gingen die Steuern und andere Gefälle der hohen Obrigkeit spärlich ein, jedes Jahr weise Restanten auf, und man habe auch die Steuern der Stadt auf die Hälfte herabsetzen müssen. An dem Dorf Ströbzig sei die Stadt noch 1000 floren schuldig, die man verzinsen müsse. Allerlei Verbesserungen an Mauern und Wachthäusern wären notwendig, und dabe besitze die Stadt keinen eigenen Kalk, Bauholz, Riegelerde wie andere Städte, sondern müsse alles für bar kaufen. „Wir haben“, so heißt es weiter, „die mhuß 2 mal mit großen Unkosten aufgebaut und 2 mal den ganzen Spreestrom mit wurten graben müssen, das reis gekauft zu Gallinchen bei Hansen von Löben. Sollte nun der gnädige Fürst diese Nahrung uns entziehen, würde das der Stadt zu merklichem Abbruch gereichen.“ (G. St. Archiv. Rep. 56 Nr. 38.)

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts entstand höchst wahrscheinlich die Kuzeburafche Mühle. In der Mühlenordnung von 1555 wird sie noch nicht genannt, aber in der ältesten bekannten Matrikel der Oberkirche erscheint sie als Rensit und hat dieser Kirche jährlich 2 Malter sechs Scheffel Getreide zu leisten.

Zu den Arbeiten beim Bau der Stadtmühle wurden auch die ritterschaftlichen Untertanen zu allerhand Diensten herangezogen. Am 13. Januar 1571 starb Markgraf Hans, und seine Gemahlin Katharina erhielt nach dem Wortlaut des Testaments die Herrschaft Cottbus als Leibgedinge; darum richtete Melchior von Löben, dessen Untertanen beim Bau der etwas haufällig gewordenen Stadtmühle gefordert worden waren, am 2. Juli 1571 an die Fürstin die Bitte, seine Bauern von den verlangten Diensten zu befreien. (Agl. Geh. Staatsarchiv. Rep. 56. Nr. 38.)

Durch die Mühlenordnung des Markgrafen Johann 1555 waren alle Untertanen der Herrschaft Cottbus als Mahlgäste auf die fiskalischen Mühlen verteilt worden. Nur die Be-

wohner der eigentlichen Stadt mit Ausschluß der Vorstädte hatten die Wahl, entweder in der Ratsmühle zu Madlow oder in der Stadtmühle mahlen zu lassen. Meist zog man das letztere der Bequemlichkeit und Reiterparnis halber vor, so daß die Ratsmühle zu Madlow für die Stadt nicht den erhofften Gewinn abwarf. Zwar benutzten die Bauern der in der Nachbarschaft von Madlow gelegenen Dörfer auch die Ratsmühle gegen die Bestimmungen der Mühlordnung von 1555, und in Zeiten, wo die fiskalischen Mühlen vollauf beschäftigt waren oder wegen notwendiger Reparaturen still standen, ließ man diesen Verstoß ungeahndet. Sonst aber achteten die Landreuter (Gendarmen) scharf darauf, daß jeder Mahlgast die ihm vorgeschriebene Mühle auch wirklich benutzte.

Die Einnahmen der Ratsmühle zu Madlow waren daher zu manchen Zeiten sehr gering; vielfach wird von seiten der Stadt darüber geklagt. Am 16. Oktober 1574 bittet der Rat der Stadt den Kurfürsten Johann Georg, „die muhl- fuhren zur Mühle zu Madlow wieder frei zu lassen.“ (Kgl. Geh. Staatsarchiv. Rep. 56. Nr. 38.) Da die Stadt die Mühle in baulichem Wesen erhalten mußte und die Mühl- fuhren geßperrt waren, stand die Mühle gewisse Zeit still und feierte. Da der Einnahmeausfall bedeutend war, wünschte die Stadt, daß ihre Dörfer Ströbitz und Kollwitz zu dieser Mühle geschlagen werden möchten, doch der Kurfürst ging nicht darauf ein.

Ähnliche Klagen brachte 1574 die Ritterschaft vor den Landesherren. Früher war es dem Adel und seinen Bauern freigestellt gewesen, dort mahlen zu lassen, wo man am besten mahlte und förderte. Seitdem man aber peinlich die Durch- führung des Mühlzwanges beobachtete, mußten die Land- bewohner in einer bestimmten Mühle mahlen, obwohl eine andere näher lag. Versuchte es jemand in einer näheren Mühle, so konfiszierten die Landknechte Mehl und Getreide. Der Bauer mußte seine notwendige Arbeit liegen lassen und um eines halben Scheffels willen Pferde und Wagen zur Mühle schicken und oft noch dort warten bei großem und kleinem Wasser. (Kgl. Geh. Staatsarchiv Rep. 56. Nr. 11.)

Werner und George, Gevettern von List zu Kasel, be- schwerten sich am 30. April 1581 über die Mühlfuhren ihrer Untertanen. Die Bauern zu Kasel, Anetendorf (Comptendorf) und Driesnitz wurden, angehalten, in den kurfürstlichen Mühlen mahlen zu lassen, obwohl schon Markgraf Hans ihnen zugebilligt hatte, die Mühle zu Neuhausen benutzen zu dürfen.

Der Kurfürst erwiderte am 18. Mai 1581, er möchte nicht die aufgestellte Mühlenordnung durchbrechen, habe aber seinem Kammermeister Leonhard Störwe zu Cüßtrin anbefohlen, die drei Dörfer der Ruhebruckschen oder der Markgrafenmühle zu- weisen. (Kgl. St. A. Rep. 56. Nr. 38.)

Da die Mühlengefälle in jener Zeit eine Haupteinnahmequelle für den Landesherrn bildeten, wird es verständlich, daß dieser in den seltensten Fällen eine Umgehung des Mühlenzwanges gestattete und auf strenge Beobachtung des fiskalischen Interesses bedacht war.

Am Jahre 1582 entstanden Streitigkeiten, welchem Landesherren die Mühle zu Lübbichow (Lubichow) im heutigen Kreise Calau zuständig war. Der Landvogt der Niederlausitz, Jaroslaus von Kolowrat, war der Ansicht, daß die Mühle nicht zum brandenburgischen Gebiet gehöre und schrieb am 17. Dezember 1582 von Lübben aus an den Kurfürsten Johann Georg, den er zu einem Tage in Betschau auf Mittwoch nach Trium regum zur Besprechung und Entscheidung der streitigen Sache einlud. Der Amtshauptmann von Cottbus Friedrich von Birkholz war mit der Erledigung des Streitfalles in der vorgeschlagenen Form einverstanden, (Schreiben vom 22. Dezember) doch der Kurfürst wünschte die Zusammenkunft in Beeskow (Auschrift vom 30. Dezember 1582).

Mittlerweile kam der Landvogt der Niederlausitz noch mit einem besseren Vorschlag; er meinte nämlich, der Erörterung des Streitfalles müsse eine Besichtigung an Ort und Stelle vorausgehen. Wie die Sache verlief, weisen die Akten nicht aus, doch scheint das Ergebnis zugunsten des Kurfürsten gewesen zu sein, da der Müller von Lubichow bei der im Jahre 1652 veranstalteten Rählung in der Herrschaft Cottbus zu den brandenburgischen Untertanen gezählt wird.

Beuch berichtet in seinem Urbarium von einem gewaltigen Hochwasser 1595, das am Sonntag Quinquagesimae den Spreedamm oberhalb des Wehrs nach dem Schießhause zu durchbrach. Dem Mühlengraben wurde dadurch das Wasser entzogen, so daß man durch denselben mit trockenen Füßen gehen konnte. Die Mühlen blieben über 6 Wochen stehen, und man mußte viele Kosten und Mühe anwenden, bis die Mühlen wieder gangbar wurden. Kaum hatte man die Schäden ausgebeffert, als der große Brand am 3. September 1600, bei dem nur 9 Häuser innerhalb der Ringmauer verschont blieben, auch die Stadtmühle verzehrte. Doch wurde sie bald wieder aufgebaut, da sie wie keine andere staatliche Einrichtung für den Lebensunterhalt der Bewohner der Herrschaft notwendig war.

Es war Sitte, daß eine Stadt beim Regierungsantritt eines neuen Landesherren ihre Ergebenheit anzeigte und dabei ihre Beschwerden vortrug. Cottbus machte darin keine Ausnahme; als Joachim Friedrich am 8. Januar 1598 die Regierung antrat, beeilte sich die Stadt, in ihrer Beschwerdeschrift vom 16. Februar ihre Klagen zu formulieren; die Anwesenheit der Madelmühle erschien von solcher Bedeutung, daß sie nicht nur unter der Reihe der Beschwerden an erster

Stelle erscheint, sondern auch noch in einem besonderen Gesuch behandelt wurde. (Kgl. Staatsarchiv. Rev. 56. Nr. 31.)

Aus diesem Gesuch geht hervor, daß schon Johann Cicero 1496 der Stadt eine ganz verwüstete Møhlstatt an der Spree verkaufte, eben die Madelmühle, die Stadt mußte aber den Fluß räumen und die Mühle in Stand setzen lassen. Im Jahre 1536 wurden die Ratsdörfer (Kolkwitz und Ströbitz), die anfangs in dieser Mühle mahlen konnten, eingezogen und der Markgrafenmühle überwiesen; die Madelmühle mußte sich „an den Königischen ersetzten“. Die „Markgrafische Gerste wurde ihr verschrenket“ und die fremden Mahlgäste aus dem Königischen abgescreckt. Weil sich darum das Mahlwerk etwas gestopfet hat, bitten die Ratsherren um Begnadung der armen Madelmühlen mit den Ratsdörfern.

Auf diese Bitte scheint keine Antwort erfolgt zu sein, darum wiederholte die Stadt ihr Gesuch am 18. Juni 1599. Doch Joachim Friedrich ging auf das Bittgesuch der Stadt nicht ein. Die beiden Dörfer blieben bei der Markgrafenmühle und die fremden Mahlgäste hatten sich der bestehenden Begeordnung zu unterwerfen. Nur was sie auf dem Rücken zur Mühle tragen konnten, durfte passieren. (Verf. vom 13. Okt. 1600. G. St. A. Rev. 56. Nr. 38.)

Im Jahre 1600 reichte die Ritterschaft ihre Spezialgravamina ein; wieder ist es der Mühlzwang, den sie als eine besondere Härte empfinden und der ihre Untertanen zwingt, die Nahrung zu versäumen.

Zur Stadtmühle gehörten mehrere Gespanne, die besonders das für den Kurfürsten erhobene Mezgetreide aus den Amtsmühlen nach Cottbus bezw. nach Beiz zu schaffen hatten. Im Kgl. Staatsarchiv ruht ein Bericht des Cottbuser Bürgers Nürge Bollack wider den Amtshauptmann Otto von Hade auf Briefen aus dem Jahre 1602. Darin wird auch der Mülhpferde gedacht und die Amtsführung des Hauptmanns bezüglich der Mühlen einer Kritik unterzogen. „Die Mülhpferde“, heißt es in dem Bericht, „müssen ihm (dem Amtshauptmann) und seinen Freunden, denen er sie leihet, dienen, ihm im Sommer ernten helfen. Von den Amtsmüllern nimmt der Hauptmann Geschenke an. Der eine Müller ist ein gewesener Dieb und Schubflücker; weil er des Hauptmanns Magd gefrehet, hat man ihn uff die Mühle genommen. Die Mülhrechnung mit den Kerbhölzern ist in einem Jahr nicht gehalten worden, gewöhnlich geschieht dies nur pro forma. Der Hauptfrau muß man auch in der Mühle Hühner, Gänse, Enten, Schweine und Jungvieh halten, auch Jagdhunde für den Hauptmann füttern. Aus den Mülhschweinen nimmt der Hauptmann Schlachtthiere, so oft er sie bedarf.“ Diese Anzeige hatte zur Folge, daß am 1. April 1603 eine außerordentliche Revision des Cottbuser Amtskastners stattfand. Der Revisionsbericht stellte fest, daß 7 Jahre lang die Rechnungen unabhört und „hinderstellig“ waren und mit Unfleiß und

Nachlässigkeit geführt wurden. Was die Mühlen, angeht, wird bemerkt: „Uff die Mühlen ist mit Fleiß zu sehen, daß dort den Ordnungen nachgegangen werde. Zu den neuen notwendigen Beutellosten sollen die Müller ein Fünftel beitragen. Für die Beamten sind keine Mühlschweine zu mästen. Wenn die Mühlpferde im Dienste der Herrschaft gebraucht werden, sollen die Mühlen das geordnete Futter liefern. Die Rutzebruchsche Mühle wird mit Unkosten gehalten, das eine Mühlpferd soll dort abgeschafft und für den Müller ein anderer genommen werden. (Kgl. Staatsarchiv. Rep. 56. Nr. 2.)

Da die Rutzebruchsche Mühle mehr Kosten als Nutzen bisher gebracht hatte, ging die Staatsverwaltung mit dem Plane um, sie zu verkaufen. In einem Schreiben an den Hauptmann zu Cottbus aus dem Jahre 1604 wurden als Mindestpreis 2000 Taler gefordert. (G. St. A. Rep. 56. Nr. 38.)

Nach dem Regierungsantritte Johann Siegismunds 1608 versuchte der Adel des Cottbusser Landes von neuem, den Mühlenszwang abzustreifen.

„Mancher arme Mann“, so lautet die Klage vom 13. Mai 1609, „der kein Gespann hat, muß auf dem Halse sein Getreide zur Mühle tragen. Dem Hans von Streumen haben die Landknechte auf bloßen Verdacht hin Wagen, Pferde und Korn genommen.“ Christoff von Rabeltitz zu Ranzow und Bartusch von Schönfeldt zu Werben unterstützten persönlich das Gesuch der Ritterschaft am 28. August 1610. Die Sache zog sich jedoch bis in das Jahr 1611 hin, wo anlässlich des Landtages noch einmal am 28. März die Wünsche der Ritterschaft vom Kurfürsten gehört wurden. Durch die hie und da entstandenen neuen Windmühlen auf königlichem und brandenburgischem Boden waren besonders diejenigen Adligen, die alte Mühlen besaßen und daran namentlich geistliche Zinsen zu tragen hatten, in Schaden gesetzt. In dem Spezialrezeß für die Mannschaft des Cottbusser Weichbildes vom 12. Juni 1611 auf dem neumärkischen Landtage, auf dem die Ritterschaft durch Nicoll von Löben und Wiegand von Hacke vertreten war, wurde bestimmt, daß die Dörfer bei den Mühlen bleiben, zu denen sie „gewiedmet“ waren. Wegen Hans von Streumens solle Erkundigung beim Hauptmann eingezogen werden. (Geh. St. A. Rep. 56. Nr. 11.)

Der Madelmühle waren nach der Amtsregistratur die Dörfer Copatz und Rogosna zugewiesen worden; da sie aber im Markgrafentum Niederlausitz lagen, konnten sie nicht gezwungen werden, in Madlow mahlen zu lassen. Infolgedessen wurden sie von ihrer Herrschaft von Madlow abgehalten. In Klein-Saglow hatte Wolf von Pannwitz eine Windmühle aufgesetzt und seine Untertanen für diese Mühle verpflichtet. Wenn daher nicht ruhiges Wetter oder große Kälte war, konnte die Madelmühle nicht auf fremde Mahläste rechnen und ihre Einnahmen blieben geringfügig; darum erneuerte die Stadt im April 1616 den alten Wunsch,

der Kurfürst möchte ihrer Mühle Kolkwitz und Ströbitz zuweisen. (G. St. A. Rep. 56. Nr. 31.)

Während des großen Krieges gewann die Stadtmühle eine erhöhte Bedeutung für Feind und Freund.*) Bei den häufigen Durchmärschen leistete sie eine nicht unbedeutende Mehrarbeit, und die feindlichen Völker werden, die in der Mühle vorhandenen Vorräte zuerst beschlagnahmt haben. Bei der Unsicherheit der staatlichen Einnahmequellen in jener Zeit kann es nicht auffallen, wenn gerade die Stadtmühle in Cottbus um jeden Preis geschützt werden soll, um ihre Einnahmen für den Staat zu sichern.

Graf Schwarzenberg, der Statthalter in Brandenburg, berichtete am 18. Dezember 1640 dem in Königsberg weilenden Kurfürsten, Stalhaus wolle gegen Cottbus vorgehen; da hierdurch Peitz bedroht würde, habe er angeordnet, daß die Stadt Cottbus an den offenen Orten, namentlich bei der stattlichen Wassermühle, eine der besten Einnahmequellen des Amtes Cottbus, befestigt werde. Dagegen habe die Stadt remonstriert und gebeten, dies zu unterlassen, die Garnison wieder fortzunehmen und den Feind nicht zu reizen. — Am 16. Januar 1641 erfolgte die Resolution des Kurfürsten: Da mit der Befestigung des Schlosses und der Mahlmühle von Cottbus der Feind gereizt würde, solle mit dergleichen Expeditionen aufgehört werden, und dann sei zu hoffen, daß auch die Schweden die kurfürstlichen Dörfer nicht angreifen würden. (Meinardus. Publ. aus den Pr. Staatsarchiven Bd. I. S. 57. 177.)

Kurfürst Georg Wilhelm hatte in seinen letzten Regierungsjahren zur Deckung der Kriegslasten die doppelte Meze eingeführt, nicht ohne Widerspruch der Stände. Anton von Pannwitz auf Rathlow hatte sich geweigert, dem Edikt nachzukommen. Der Kastner von Cottbus hatte ihm darauf seine Windmühle fortgenommen. Anton von Pannwitz suchte nun die Mahlgäste abzuschrecken. Darauf versuchte die Amtskammer zu Cüstrin die Entziehung der Mühle aus der Jurisdiktion des von Pannwitz und die Aufrichtung derselben an einem anderen Orte. Pannwitz erbat vom Kurfürsten 1641 eine Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit. Auf den Bericht dieser Kommission gab der Kurfürst am 5. Dezember 1643 dem Anton von Pannwitz die Erlaubnis, in R o p p a z eine Windmühle zu errichten. (Meinardus. Publ. aus den Pr. Staatsarch. Band I.) Eine ähnliche Verfügung des Kurfürsten vom 30. Oktober 1643 an den Hauptmann von Cottbus Georg Abraham von Grünberg weist diesen an,

*) Am 20. (10.) März 1642 wurde der Amtshauptmann G. A. v. Grünberg angewiesen, dem Antonius v. Pannwitz 12 Malter 10 Scheffel Korn, das dieser für die Garnison in Peitz 1637 hergegeben hatte, aus der Mühle zu Cottbus zu ersetzen. (Meinardus. Publ. Bd. I. S. 622.)

Wolff Nicoll von Löben die weggenommene Windmühle zu restituieren. Wahrscheinlich hatte auch er wie Anton von Bannwitz nicht die doppelte Meze geben wollen. (Meinardus. Publ. Bd. II. S. 234.) Nach einem Bericht des Amtshauptmanns Georg Abraham v. Grünberg aus dem Jahre 1660 über die Dienste in den Churf. Aemtern Cottbus, Peitz und Selow gab es im Amte Cottbus drei Mahlmühlen von 17 Gängen und die Papiermühle mit 2 Gängen. In der Spree waren 4 Wehre; dazu kam das große „Spreewehr thor, da der halbe Spreestrom aufgehalten und durch eine große Frey Arke von fünf Thüren nach Peitz gezwungen wird, eine Mühle*) von 3 Gängen, den Hammer und hohen Ofen zu treiben.“ Im Amte Peitz befanden sich zwei Wassermühlen von 4 Gängen, eine Schneidemühle nebst 3 Windmühlen. (Gymnasialbibliothek p. 552 n. 2251).

Wie hoch eine kurfürstliche Mühle im Werte stand, lehrt uns ein Tauschkontrakt vom 23. April 1662.

Martin Krüger, der Bruder des Rittergutsbesizers Peter Krüger zu Frauendorf, wollte die Schmogor Mühle,**) die zum Amte Peitz gehörte, als freies Erbgut erwerben. Der Hauptmann Georg Abraham v. Grünberg und der Kammermeister Hermann Lange schlossen mit ihm einen Tauschkontrakt. Außer der Mühle selbst werden ihm folgende Freiheiten zugesandt. Er darf eine Schneidemühle anlegen und erhält 10 Gerstenbiere, jedes von 16 Scheffeln frei. Er kann frei Brantwein schenken ohne Piese. Für die zur Mühle gehörigen 2 Hufen Landes hat er weder Dienste zu leisten noch Pacht oder Erbzinß zu entrichten. Aus der kurfürstlichen Forst erhält er freies Brennholz, das Bauholz jedoch muß er kaufen. Wo die anderen Untertanen berechtigt sind, soll er mitgenießen, doch hat er dafür jährlich 2 Scheffel Hafer ins Amt Peitz zu liefern. Für 4 Wiesen zahlt er den gewöhnlichen Wiesenzinß, ebenso hat er die Kontribution von den beiden Mahlängen und den 2 Hufen monatlich zu entrichten und die Gemeinde-, Kirchen- und Schullasten zu tragen. Für 3 Gärtner, die ihm abgetreten werden sollen, hat er 15 Taler nach dem Amte Peitz zu zahlen und an Hühnern, Eiern, Geipinst, was diese sonst zu liefern schuldig, zu erlegen. Jedoch

*) In der Mühlenordnung des Markgrafen Johann wird beiläufig der 120 (1555) neuerbauten Peitzischen Mühlen gedacht.

**) Dem Müller zu Schmogrow war in der Kirchenrechnung von 1627 zu Unrecht ein Zins von 6 Talern angesetzt worden, der ihm nach dem Kirchenrezeß von 1638 wieder erstattet werden sollte. Daraus ist ersichtlich, daß diese Mühle früher in Privathänden war. 1652 am 24. März wünscht die Ritterschaft des Cottbuser Kreises, daß die Contribution von der zu Schmogrow eingezogenen Mühle nicht zurückbleiben möchte. Zu dieser Zeit muß die Mühle schon fiskalisch gewesen sein. (G. St. Arch. Rep. 56, Nr. 9.)

hat er über diese Gärtner keine Jurisdiction. Die beiden Dörfer Schmogrow und Kehrow, welche zu dieser Mühle gewidmet sind, haben ihm jährlich die Gräben räumen zu helfen gegen das hergebrachte Recompens. Fischereien und andere auf der Mühle bisher ruhende Gerechtigkeiten werden ihm auch zugestanden.

Als Gegenleistung übergibt Kriiger seine Bauern, Gärtner und Buidner in Scadow, Sandow und Brunschwig mit Diensten, Zinsen, Pächten nach dem beigelegten Urbarium nebst Ober- und Untergerichten und den ihm darüber erteilten Lehrbriefen und Verträgen sowie seine beiden Lusen und das Vorwerkstelehn in Brunschwig, welche auf 1600 Taler berechnet werden.

Dazu kommen 400 Taler bar, 400 Taler, welche auf der Kottwizischen Mühle zu Neuhausen stehen, 500 Taler auf Frauendorf bei seinem Bruder Peter Kriiger, 200 Taler auf Groß-Döbbern, 112 Taler auf Trebendorf und das Versprechen, wenn einer von diesen Pösten ausfiel, mit seinem ganzen Vermögen, die Schmogor Mühle eingeschlossen, einzutreten. Dagegen werden ihm alle Lasten, die sonst auf der Mühle gehaftet, Zinsen, Pächte, Dienstgeld, das Mastgeld von der Mahlmühle, das Schock Bretter und der Hund von der Schneidemühle, 4 Ziesenmalzschessel, der Krugzins vom Brauen und Schanke gänzlich erlassen für Kind und Kindeskind, nur das Verkaufsrecht macht sich der Kurfürst aus. Die Untergerichte werden ihm auch, so weit das Grundstück eingefriedigt ist, übertragen, z. B. für ertappte Diebe, die Appellationsinstanz ist das Amt Reiz, die Kriminalsachen gehen an den Herrn Hauptmann. — Der Kurfürst war mit diesem permutations Contract zufrieden und confirmirte ihn am 7. Juli 1662. — (Gymnasialbibliothek p. 552 n. 2251, Vol. 2.)

Im Jahre 1665 brannte die Mühle zu Schmogrow samt den dazu gehörigen Gebäuden nieder. Das Feuer war durch Unvorsichtigkeit eines Amtsunterthanen entstanden, wie Martin Kriiger in seinem Bittgesuch an den Kurfürsten vom 18. October 1666 angibt. Er trug auf Erleichterung seiner Lage an, darauf wurde ihm die Kontribution auf 3 Jahr erlassen. In seiner Supplik an den Kurfürsten bat er um Erlaß von 160 Talern Zinsen und 15 Talern Dienstgeldern jährlich sowie der Kontribution für 2 eingebrannte und darum für ihn nutzlose Mühlgänge, auch um Gewährung von 3 Schock Bauholz aus den kurfürstlichen Forsten zum Aufbau der Mühle. Am 8. März 1667 hatten Räte und Kammermeister der Neumärkischen Regierung über die Bittschrift zu befinden. Sie schlugen dem Kurfürsten vor, dem Bittsteller Zinsen und Dienstgeld nur auf eine bestimmte Zeit zu erlassen und das Bauholz zu verabsolgen. (G. St. A. Rep. 56, Nr. 38.)

Die Mühlen der Herrschaft Cottbus hatten schon seit Jahren nicht mehr die Einnahmen gebracht, die sie nach der

Zahl der Mahlgäste hätten bringen müssen. Nach den vorhandenen Listen wurden von Trinitatis 1660 bis 1664 gemahlen: Weizen 7 Malter 9 Scheffel; Roggen 186 Malter 3 Scheffel, Beschnitt 16 Malter, 1 Scheffel, ein Viertel; Hafer von Reminiscere bis Trinitatis 1664 2 Malter 4 Scheffel 3 Viertel. (Mühlenordnung von 1665.)

Die kurfürstlichen Mühlen zu Fürstenwalde verzeichneten in derselben Zeit mehr Mahlgut und lieferten höhere Erträge mit ihrer geringeren Zahl von Mahlgästen. Die Mühlen-Entraden der Cottbuser Stadtmühle hatten sich sogar mit jedem Jahre verringert und waren von 50 Malter 1661 auf 39 Malter 8 Scheffel 1664 zurückgegangen. Die Berlinische Kammer rechnete auf jeden Mahlgast 4 Cottbuser Scheffel jährlichen Verbrauch, davon 8 Mezen zur doppelten Meze; von denen, die die Kriegsmeze in granis auf dem Lande gaben, nur 4 Mezen pro Kopf, das Schrot- und Branntweinkorn nicht mitgerechnet, und veranschlagte den Ertrag der Mühlen in der Stadt auf 100 Malter Korn jährlich. Auch hatte sich die Stadt über den hiesigen Müller beschwert, der ein höheres Mahlgeld einforderte und neue Maße eingeführt hatte. Darum fanden sich am 5. Januar 1665 der Oberhofmeister und Mühlenhauptmann Zacharias Friedrich von Götz und der Probianverwalter Peter Krüger hier zur Untersuchung der Mißstände ein. Sie ließen sich die alten Dokumente vorlegen, examinierten die zu den Mühlen verordneten Dörfer, verzeichneten die Mahlgäste, untersuchten das Brau- und Mahlwerk, die Amtsführung der bei den Mühlen beschäftigten Beamten und gelangten zu folgenden Ergebnissen, die in der am 20. Januar 1665 aufgestellten Mühlenordnung ihren Niederschlag fanden.

Mühlwerke.

1. „Seine Ch. Durchl. haben alhier ein schönes und geschwindes Mahlwerk und gehöret das Ambt Cottbus mit der Jurisdiction nach der Neumark. Regierung, mit der Administration der Oeconomie nach der Berl. Kammer, und seynd die Mühlen noch alle in baulichen Würden und guten Stande. Bei der Stadt befinden sich 2 Mühlen, die Forder Mühle mit dem Malzsaange von 4 Gängen, die Sinter Mühle daneben von 6 Gängen nebst zwei Hirsestampfen, wozu die Stadt Cottbus mit den 4 Vierteln wie auch des Rahts Vorstadt, so alle die doppelte Meze*) geben, Sandow und beide Brunschwigische

*) Die doppelte Meze oder Kriegsmeze war eine Abgabe, welche der große Kurfürst durch den Landtagsrezeß von 1653 als ständige Abgabe eingeführt hatte. Von dem zum Brauen und Backen in die Mühle zum Mahlen gebrachten Getreide hatten die Verpflichteten außer der ordentlichen Meze von einem Scheffel, der Erbmeze, die als Entschädigung für die Benutzung der Mühle angesehen wurde, noch eine Meze, die Kriegsmeze zu geben, deren Erträge für den Unterhalt der Truppen bez. zur Verproviantierung der Magazine und

Gemeinen, als Brunſchwig aufn Berge, Brunſchwig in der Gaſſen; ſo zur Ritterschaft gehören, geben ihre Kriegsmeße auf dem Lande in granit wo zu 12 Dörfer als Gühro, Diſſen, Strieſow, Rahſow, Schmellwitz, Schadow, Döbbrigk, Schlow, Merzdorf, Werben, Saſpaw und Brieſen.“

2. „Die Markgraf-Mühle iſt ein gut Viertelwegeß von der Stadt, ſo auch in 2 Mühlen beſtehet, jede von 2 Gängen, wobei auch 2 Hirſeſtampfen. Zu dieſen Mühlen ſind gewidmet die Vorſtadt Oſtrow und 11 Dörfer, Branitz, Kiezebuſch, Glinka, Dyſſenchen, Dahlitz, Babow, Kunersdorf, Ströbitz, Milckersdorf, Hänchen und Kolſwitz.“ — Da die von Oſtrow in der näheren Stadtmühle mahlen laſſen möchten, ſoll die Markgrafenmühle durch ein ander Dorf entſchädigt werden.

3. „Die Kugeburſche Mühle iſt eine gute halbe Meye von der Stadt Cottbus gelegen (dazwiſchen des Raths Mühle von 3 Gängen und eine Schneidemühle im Dorfe Madlow, zu welcher Mühlen einzig und allein das Dorf Madlow gewidmet), hat 3 Gänge und 4 Hirſeſtampfen. Die Dörfer Rahren, Leuthen, Frauendorf, Laubſdorf, Drieſchnitz, Compſendorf und Raſſel gehören zu dieſer Mühle. Frauendorf will zwar hier nicht mahlen, ſoll aber durch den Hauptmann durch Zwangsmittel dazu angehalten werden.“

4. (Punkt 54.) „Beim Amte Cottbus befindet ſich auch eine Papiermühle, dieſelbe gibt 160 Taler jährlich Ertrag.

5. Die Lohmühle bei der Stadt haben die Schuſter und Weißgerber zuſammen. Von der Walmühle geben die Weißgerber 6 Taler und 12 Taler 12 gr. von den Weißgerber- und Waſchhäufern, die Schuſter geben zu der Loh- und Walmühle nur 4 Taler 9 gr., dafür haben ſie die Mühle in baulichem Weſen zu erhalten. Die Tuchmacher-Walmühle gibt nach Tüchern, ſie hat von Trinitatis 1663 biß 1664 9 Taler 20 gr. gebracht.

Der Ertrag der Schneidemühle iſt ſchwankend, hier wird nach Schnitt und Ellen gezahlt, im letzten Jahre brachte ſie 34 Taler 9 gr. 6 Pf. außer dem, was das Amt zu ſeinen eignen Bauten in den Amtsmühlen, im Schloſſe und den Teichen ſchnitt. Der Penſionarius David Mencke hat das Recht, eine gewiſſe Anzahl Blöcke zu den Gebäuden des Amtes Schlow frei ſchneiden zu laſſen.“

Feſtungen dienen ſollte. Urſprünglich war dieſe Abgabe nur für Kriegszeiten gedacht. Da aber der große Kurfürſt das ſtehende Heer einführte, wurde ſie in der Folge auch in Friedenszeiten erhoben, biß man ſie wegen der vielfachen Mißstände bei der Einnahme allgemein durch Geld ablöſte. In Cottbus wurde durch eine beſondere Kgl. Verordnung die Kriegsmeße vom 1. Januar 1718 ab, die Erbmeße vom 17. März 1718 in Geld umgewandelt.

*) pensio = Zins, Pacht; alſo pensionarius = Pächter.

Die Amtsführung der Mühlenmeister und insbesondere die des Stadtmüllers zeigte eine Reihe von Unregelmäßigkeiten. Zunächst hatten die Müller von dem Hafer, der in die Mühle zum Verkleinern gebracht worden war, die dem Kurfürsten zustehende Meße genommen; da nämlich in der Mühlenordnung des Markgrafen Johann der Hafer nicht erwähnt war, hatten sie wie ihre Vorgänger den Hafer für sich verbraucht. Reminiscere 1664 war der Hafer zum ersten Male berechnet worden, und der Stadtmüller wurde angehalten, von der Zeit seiner Anstellung an bis 1664 den veruntreuten Hafer zu ersetzen.

Von dem Schrottkorn hatten die Mühlenmeister ebenfalls von den Mahlgästen einen Teil für ihren Beistand genommen, manche unaufgeschnittene Meße hinzugetan, und diesem Gemisch den Namen „Beschudt“ gegeben. Der Stadtmüller gebrauchte, wie er erklärte, diesen Beschudt bei der Schürfung des Steins und zur Mästung der Schweine, wofür er jährlich 80 Taler Mastgeld abführen mußte. Für jeden Mahlgang hatte er allerdings 8 Taler zu entrichten, und da die Mühle 10 Gänge besaß, stimmte das Mastgeld von 80 Talern; allein dafür hatte er Anspruch auf das Staub- und Flurmehl, welches in der Mühle umherfliebt. Auch hierbei wurden betrügerische Maßnahmen der Müller aufgedeckt. In der Markgrafenmühle hatte nämlich der Müller durch Verbreiterung der „Gabelle am Beutel“ mit Daraufliegen von Brettern eine ungewöhnliche Menge von Staubmehl erzielt. Durch tägliche Revisionen der kurfürstlichen Beamten sollte künftig diesen Uebelständen vorgebeugt werden. Bei einigen Müllern war auch ein heimlicher Meßkasten entdeckt worden, den die Müller zu ihrem Vorteil und zum Nachteil des Kurfürsten beschickten. Bei wem künftig ein heimlicher Meßkasten gefunden wurde, der sollte einen oder einen halben Tag am Halsseisen geschlossen am Pranger stehen.

Der Mühlenmeister in der Stadt erhielt seinen achten Teil (in der Markgrafenmühle und Ruzeburammühle den fünften) vom Malz, Korn, Schrot und Hafer des Kurfürsten, d. h. von dem, was bei der einfachen oder Erbmeße einkam, und dann noch 6 Pfg. Mahlgeld für den Scheffel Berliner Maß. (2 Berliner Scheffel waren ziemlich 1 Gottbuser Scheffel). Die Müller hatten aber das doppelte Mahlgeld genommen. Sie wurden angewiesen, nur 6 Pfg. vom Scheffel Roggen, Weizen und Hafer, vom Schrottkorn 3 Pfg., vom Malz 4 Nößel Bier und 1 qr. nebst 2 Nößeln für den Malzknecht zu nehmen. Zuwiderhandlungen sollten mit 2 Gulden und im Wiederholungsfall mit Haft bestraft werden.

Bisher war in den Mühlen die Kontrolle durch Kerbhölzer geführt worden. Bei Revision derselben stellte sich heraus, daß einzelne Dörfer (Muras, Schorbus, Gallinchen, Klein- und Groß-Okniaß) gar keine Stöcke in der Markgrafenmühle angehängt hatten; ebenso bestand eine große Differenz zwischen den Kerbhölzern und der Ausmessung des

Mehlkastens. In der Stadtmühle waren von Crucis bis Luciae 1664 7 Malter 2 Scheffel 12 Mezen nicht aufgeschnitten, in der Markgrafenmühle 8 Scheffel 3 Viertel 3 Mezen, und der Ruheburger Müller hatte unvereidiate Leute in Dienst genommen, die sich hatten bestechen lassen. Darum setzten die Commissarien fest, daß alle Mühlburischen in Eid und Pflicht genommen werden sollten. Ohne Vorwissen des Hauptmanns und Rastners sollte niemand entlassen werden.

Für die Markgrafen- und Ruhebrucksche Mühle wurden die Kerkhölzer beibehalten, in der Stadt aber durch Mühlenzettel ersetzt.

Je nach der Art der Verwendung des Mahlgutes wurden verschiedene Zettel ausgegeben, für Gersten- und Weizenmalz, Brottorn, Schrotorn, Branntweinschrot und Safer. Zum Riesemeister wurde der Stuhlreiber Johann Müller bestellt mit einem jährlichen Gehalt von 8 Cottscher Scheffeln. Dieser hatte an die Brauberechtigten die Riesezeitel, d. h. Quittungen über die erlegte Riese zu verabsolgen. Von einem halben Weizenbrauen (16 Scheffel C. Maß) betrug die Riese bis 1664 2 Taler 12 gr., dazu 1 gr. Aufgeld anstatt eines Reverses in specie. Da aber die Neumärkischen Stände 1664 in eine Erhöhung von 1 gr. pro Scheffel eingewilligt hatten, und die Impostkasse 1 Taler 12 gr. erhielt, beliefen sich die Gesamtkosten auf 4 Taler 17 gr. Auf Gerstenmalz kamen für ein halbes Gebräu ursprünglich 1 Taler 12 gr., 1 gr. Aufgeld, 1 gr. Erhöhung pro Scheffel, 1½ Taler zur Impostkasse,*) Summa 3 Taler 17 gr.

Von den Rieseinnahmen bezog der Magistrat jährlich 210 Taler auf Grund einer Donation des Markgrafen Johann, die zur Befoldung der Prediger verwendet werden sollte. Dienstags und Freitags waren Riesezeiten für die Bürger der Stadt, die Landbewohner hatten das Recht, jederzeit einen Riesezeitel zu lösen. Bisher war für das Branntweinschrot keine Riese berechnet worden, jeder Brenner hatte für eine Branntweinblase 2½ Taler gezahlt. Künftig sollte auch das Branntweinschrot berechnet und von jedem Scheffel 2 Mezen gegeben werden.

Zur Deckung alter Stadtschulden sowie zur Bestreitung der Prozesse der Stadt und Brauerschaft hatte man im 17. Jahrhundert auf das Bier eine städtische indirekte Steuer gelegt, welche mit der Riese des Kurfürsten zugleich entrichtet wurde und Impost hieß. Trotzdem die Impostkasse eigentlich eine Kasse der Brauerschaft war, wurde sie vom Rat verwaltet. Damit nun der Rat von jedem Riesezeitel Kenntnis erhielt, mußte der Riesezeitel des Riese-meisters beim Ratsmitglied Michel Gadeqast gegen einen anderen gleichlautenden Zettel umgetauscht werden. Dieser Zettel war dem Rastner

*) Ueber die Impostkasse vergl. meine nächste Abhandlung über das Cottscher Bier.

Marcus Blesendorf vorzulegen, der dafür einen gedruckten Zettel gab, welcher vom Mühlenschreiber Johann Bärgeßdt gestempelt und in die Register eingetragen wurde. Mit dem gestempelten Zettel begab sich der Mahllaast zur Mühle. Nachdem der Mühlenmeister oder sein vereideter Knecht das Mahlgut mit dem Zettel veralichen und richtig befunden hatte, nahm er das dem Kurfürsten zustehende Gefälle und steckte den Zettel in die dreifach verschlossene eiserne Lade oder Büchse. Nun erst durfte der Mahllaast das Mahlgut ausschütten. Sonnabends wurden die Zettel dem Kasten entnommen und mit den Registern des Riesemeisters und Mühlenschreibers veralichen. Die Register waren so anegelegt, daß nicht nur die Mahlläste, Beamte, Adel, die 4 Viertel der Stadt, die Vorstädte und Dorfschaften in ihrem Verbrauch kontrolliert werden konnten, sondern auch, daß dabei die Verwendung des Mahlgutes, Gersten- und Weizenmalz, Brotkorn, Schrotkorn, Brantweinschrot und Hafer, ersichtlich war. Dabei wurde noch ein Unterschied zwischen Erbmezen-, Kriegasmezen und Kreizzetteln gemacht. Den Weizen z. B. konnten die Bäcker ohne Abgabe mahlen lassen. Mühlenschreiber und Riesemeister hatten ihre Rechnungen monatlich, vierteljährlich und jährlich durch den Hauptmann an den Oberhofmeister von Göß mit allen Einnahmebelegen einzureichen.

Für die einfache und Kriegasmeke waren gesonderte Mezkasten aufgestellt, ebenso für das Korn, welches die Bauern von dem, was sie nicht mahlen, von ihrem Boden, 4 Mezen für jede Person, zu geben hatten. Jeder Mezkasten und die Zettellade waren dreifach verschlossen. Der Kastner, Mühlenschreiber und Mühlenmeister verwahrten je einen Schlüssel. Der Mühlenmeister war für den Inhalt des Malzkastens verantwortlich. An einem bestimmten Tage wurden die Mezkasten rein ausgemekkt. Stimmt der Inhalt nicht mit den Mühlenzetteln und Kerbhölzern, so wurde ein Uebermaß für den Kurfürsten vereinnahmt, bei Mindermaß mußte der Müller das Fehlende ersetzen, dafür durfte er seine Knechte haftpflichtig machen. Bei der Beschickung des Mezkastens hatte der Mühlenmeister den etwa auf dem Kasten bleibenden Rest hineinzulegen, damit er nicht, wie bisher den Süßnern und Tauben zum Kraße diene. Nach Reiz war die Hälfte des Ertrages der Mühlen zu liefern. Dazu hatten die beiden auswärtigen Mühlen den Inhalt des Mezkastens mit ihren Ochsen und Pferden nach Cottbus zu schaffen. Hafer und Schrotkorn sollte der Reizer Proviantverwalter zur Fütterung der Pferde, die beim Hochhofen*) tätig waren, verwenden, das reine Korn aber im Magazin aufspeichern. Damit in dem Betrieb der Mühle keine Unterbrechung eintrat, hatte der Mühlenmeister ein neues Triebrad bereit zu halten. Für

*) Der Hochhofen befand sich auf dem Eisenhüttenwerf am Hammergraben.

jeden ungestempelten Rettel im Rettelkasten zahlte er 12 gr. Strafe, ebenso für jeden fehlenden. 10 Taler mußte er erlegen, wenn man ihm nachweisen konnte, daß er heimlich gemahlen hatte, der Mühlenschreiber erhielt davon quarta pars = den vierten Teil.

Dieses Amt war durch die Kommissare neu eingerichtet worden. Der Mühlenschreiber sollte allein von S. Ch. Durchlaucht dependiren und bei einer Anklage nicht ungehört verurteilt werden. Die Erfüllung seiner Pflicht wurde ihm besonders ans Herz gelegt. Der Hauptmann wurde angewiesen, für ihn eine Wohnung herzurichten, bis dahin wurde ihm ein Kabinett in der Mühle als Schreibstube und die Badstube des Müllers als Schlafstube eingerichtet.

Die Stelle des bisherigen Mühlenvogtes wurde nicht mehr besetzt. Der Landreuter Martin Grabow wurde zum Mühlenbereuter bestellt mit der Aufgabe, die auswärtigen Mühlen zu beaufsichtigen, jedoch sollte er sich des Trinkens enthalten. — Seine Instruktion ist am 15. Februar 1665 ausgefertigt, in derselben heißt er Martin Grabein (Kgl. St. Arch. Reg. 56, Nr. 38.).

Die Mühlenordnung enthält auch allgemeine und besondere Vorschriften für die Mahlgäste.

Die Mahlgäste mahlen für gewöhnlich nach der Reihenfolge, die vom Lande vor denen aus der Stadt. Wer ohne Rettel zur Mühle kommt, verliert Korn, Pferd und Wagen und muß für jeden Scheffel noch 4 Taler Strafe zahlen. Schimpfen und Schmähen ist in der Mühle nicht gestattet; wer es dennoch tut, kommt an den Pranger und wird, wenn er Mittel hat, nach erfolgter Abbitte mit 3 fl. bestraft. Jeder Mahlgast ist für die Handlungen seines Gefindes verantwortlich und verfällt den gesetzten Strafen, wenn dasselbe den gegebenen Vorschriften zuwider handelt. Doch hat das Gefinde der Herrschaft für jeden Schaden zu haften.

Die Mühlen werden im Sommer von abends 9 Uhr bis morgens 4, 5, 6 Uhr, im Winter von abends 8 Uhr bis morgens 7 Uhr geschlossen. Wer notwendig in der Nacht mahlen muß, hat es dem Mühlenschreiber zu melden. Wenn ein Mahlgast ohne Kenntniß des Mühlenschreibers zur Nachtzeit mit Mehl die Mühle verläßt, muß der Mühlenmeister 2 fl. Strafe zahlen. Das Mühlentor bleibt nachts geschlossen, der Magistrat hat dafür zu sorgen. Sonntags darf niemand in die Mühle hinein- noch hinausfahren. Die kurfürstlichen Beamten hatten, wenn sie mahlen lassen wollten, wie die andern Mahlgäste Rettel vom Riesemeister zu lösen. Diese Verpflichtung erstreckte sich auch auf den Mühlenmeister. Kein Beamter war von der doppelten Meße befreit.

Bisher hatten die Mühlenmeister den Beamten gewisse Vorteile eingeräumt, was einer Bestechung ziemlich gleich sah. Sie hatten für dieselben nicht nur frei Schweine gemästet, sondern ihnen auch bei den Revisionen Mahlzeiten ge-

geben, wofür von den Kerbhölzern einige Kerben abgeschnitten worden waren.

Das Schweinemästen für die Beamten sowie die Revisionsmahlzzeiten kommen nun in Kortfall.

Auch die Geistlichen, Inspektor, Archidiaconus und Diaconus, sollten ebenfalls ihre Riese entrichten. Für 2 Brauen erhielten sie jedoch die Riese vom Kastner in Geld zurück.

Die Schützen besaßen eine Begnadigung von 8 Freibieren, hatten aber im Laufe der Jahre 16 abgebraut, ohne Riese und Impost zu geben. Die Kommissarien kassierten dieses Vorrecht, bis der Kurfürst dies Privilegium confirmirt hatte.

Das Hospital gab die Erbmeze und war bis auf 5 Malter von der Kriegsmeze befreit. Was darüber hinaus gemahlen wurde, war zu versteuern.

Dem Landadel war verboten, Mehl zur Bezahlung seiner Creditoren in die Stadt zu führen. Die Torhüter der Stadt sollten jeden Wagen darauf hin besichtigen. Wer es dennoch tat, verlor Mehl, Pferde und Wagen und zahlte für jeden Scheffel 4 Taler Strafe, wovon der anzeigende Beamte, Mühlenreiber oder Mühlenmeister, den 4. Teil erhielt. Von der Kriegsmeze war der Adel frei, doch mußte er von Gerstenmalz die einfache Meze geben.

Der Pächter (pensionarius) Caspar von Alizinga, Martin Krüger auf Briesen, hatte kontraktlich einen Freizettel auf 7 Scheffel Gerstenmalz. Er hatte aber Weizen mahlen lassen; das sollte künftig nicht mehr geschehen.

v. Kummerstedt-Kessen, v. Buhl-Stradow, v. Rabelitz-Wolkenberg erlaubten ihren Krügern, sächsisches Bier zu verschenken. Der Hauptmann zu Senftenberg v. Bombardor hatte auf seinen Gütern, die unter brandenburgischer Hoheit standen, Bier brauen und das Bier unverzollt nach Senftenberg und Thüringen führen lassen. Er war darüber vom hiesigen Hauptmann Georg Abraham von Grünberg 1658 ermahnt worden. Bei ähnlichen Zollhintergehungem sollte der Hauptmann künftig die Ch. Resolution einholen.

Der Arrendator David Mencke zu Sielow war von der Erb- und Kriegsmeze nach seinem Vertrag frei. Er sollte sie dennoch geben, aber den Betrag künftig von seiner Arrende abziehen.

Da in der Mühlenordnung vom 20. Januar 1665 manche Punkte irrtümlich ausgelegt wurden, sah sich der Oberhofmeister Zacharias v. Gös veranlaßt, 2 Tage später, am 22. Januar von Weitz aus eine sogenannte Nebenmühlenordnung aufzustellen, die den Ausführungsbestimmungen der Gesetze unserer Tage entspricht. Zunächst erklärt diese Nebenordnung die im Amte Cottbus geltenden Maße. 2 Scheffel sollten in Gebrauch sein, ein Haußscheffel d. i. ein gehäufte und ein Streichscheffel, ein glatt gestrichener.

Mit dem Haußscheffel wird das Malz eingenommen, mit dem Streichscheffel ausgegeben. Bei dem lockeren Gersten-

malz sind 3 Haufscheffel gleich 4 Streichschefkeln; bei dem schweren Weizenmalz, das keine Blume hat, sind 4 Haufscheffel gleich 5 Streichschefkeln, 84 Mepen sind 6 Scheffel Cottbuser Maß. Die Deputaten erhalten ihr Korn vom Boden alalt abgestrichen, der Hauptmann hat das Vorrecht, sein Korn vor dem Mekasten, jedoch gestrichen, zu empfangen. Da der Magistrat sich selbst erboten hat, 2 Mepen vom Brannntweinforn zu geben, wenn er nur eine Meze vom Malze zu geben brauchte, so wird darin gewilligt unter der Bedingung, daß das Brannntweinforn vom Malze getrennt zur Mühle geschafft werde. In der Mühle war eine mit dem Amtszeichen gebrannte Thiene, die 3 Cottbuser Scheffel hielt; 5 Thienen sollten auf ein halbes Brauen gerechnet werden. Da die Malzsäcke, in denen man das Malz zur Mühle brachte, von verschiedener Größe waren, so wurde beim Ausmessen eines halben Brauens ein Uebermaß von einem Scheffel zurückgegeben, das nicht gemahlen wurde. Uebermaß in größeren Mengen sollte jedoch eingezogen werden. Konnte ein Brauberechtigter wegen großer Hitze oder Kälte oder wegen Geld- oder Malzmangel nicht brauen, so sollte man ihm sein Recht nicht schmälern, sondern ein Nachbrauen verstatten. Wer gezwungen war, des Nachts zu mahlen, mußte bis zur Oeffnung der Mühlen am Morgen in der Mühle bleiben.

Der Mühlenmeister war auf den 8. Teil der Erbmeze gesetzt worden, dafür sollte er den 8. Koll an den Mühlsteinen zahlen.

Gleich darauf, nachdem die Mühlenordnung von Cottbus in Kraft getreten war, entstand ein Streit zwischen den Bäckern von Cottbus und den Mühlenbeamten. 30 Jahr lang hatten die Bäcker kein Mahlgeld gegeben, weil sie ihre eigenen Beutel und Stricke hielten und beim Scharfmachen der Steine den nötigen Beschutt lieferten. Jetzt verlangte der Müller von ihnen das ordnungsmäßige Mahlgeld. Sie baten am 22. Februar 1665 den Amtshauptmann Georg Abraham von Grünberg, sie bei ihrer alten Gerechtigkeit und possession zu schützen. Auf des Hauptmanns Schreiben erfolgte am 18. Mai ein ausführliches Memorial der kurfürstlichen Räte zu Cölln folgenden Inhalts: Der Mühlenmeister zu Cottbus fordert von den Bäckern das Mahlgeld nach seiner Instruktion. Die Bäcker in Berlin und Cölln halten auch ihre eigenen Beutel und Stricke, haben auch ihren eigenen Bescheider und müssen doch das Mahlgeld geben. Der Mühlen-schreiber kann dies Mahlgeld nicht beanspruchen, da er seine feste Besoldung hat. Daß das Mahlgeld von den Bäckern früher nicht gezahlt worden ist, kann wohl möglich sein, ist aber ein Mißbrauch, der mit andern, z. B. der Nichtvereidigung der im Mühlwesen beschäftigten Personen, abzuschaffen ist. Daß die Bäcker den Beschutt zum Stein geben sollen, ist nicht glaublich, andere mahlen auch, wo der Stein nicht allemal ihrethalben aufgehoben wird. — Darauf erfolgte das Dekret des Kurfürsten vom 30. Mai 1665: Der Hauptmann

von Grünberg soll an der von dem Mühlenhauptmann Göhen erlassenen Instruktion festhalten und darauf achten, daß sie auch von den Bäckern gehalten werde, in specie wegen des Mahlgeldes, das die Bäcker zu erlegen schuldig. (G. St. A. Rep. 56, Nr. 38.)

Die doppelte Meße, welche zu Georg Wilhelms Zeiten zum Unterhalt des Heeres bewilligt worden war, wurde unter dem Großen Kurfürsten, da das Heer auch in Friedenszeiten unter den Waffen stand, eine wiederkehrende Abgabe. Am 10. Juni 1665 verfügte Friedrich Wilhelm an Georg Abraham von Grünberg: Die doppelten Meßgefälle hat der Mühlenschreiber Georg Bärgeidt daselbst einzunehmen und damit die Artillerie bedienten in Peitz zu bezahlen. Die doppelten Meßgefälle, die bisher der Amtskastner eingenommen hatte, wanderten fortan auf den Vorschlag des Obersteuereinnehmers Johann Adam Brunel in die Kriegskasse. Für seine Mehrarbeit empfing der Mühlenschreiber in Cottbus die Entschädigung, welche vorher der Amtskastner für diese Arbeit empfangen hatte. (G. St. A. Rep. 56 Nr. 38.) Nach Erlaß der Mühlenordnung wurde der Mühlenzwang besonders scharf beachtet. Ein Bauer aus Eichow, der auf der Mühle zu Cottbus zu mahlen schuldig war, hatte auf Hans Adam von Vöbens Mühle gemahlen, war dort vom „Mühlensbereiter“ getroffen worden, der ihm das Mehl abgenommen hatte. Hans Adam von Vöben nahm aber wiederum das Mehl dem Mühlensbereiter fort, und nun entstand ein Streit, dem erst der Kurfürst am 26. April 1668 ein Ende machen mußte. (G. St. A. Rep. 56 Nr. 38.)

Um dieselbe Zeit klagte der Mühlenmeister Jacob Riecke zu Cottbus über die Bäcker, die wegen Erlegung der 6 Pfg. Licht und Mahlgeld für jeden Scheffel Weizen oder Roggen nicht „parieren“ wollten. Der Kurfürst verfügte am 28. April, daß die Bäcker die 6 Pfg. zahlen sollten.

Das Geheime Staatsarchiv enthält einen Ueberschlags-Extrakt aus der Amtsrechnung des Amtes Cottbus von Trinitatis 1668 bis Trinitatis 1669. (Rep. 56 Nr. 2.) An Einnahmen aus den Mühlen werden in diesem Voranschlage geschätzt und stehen verzeichnet:

Pension von der Papiermühle	160	Taler	
Von frembden Weiskerhern	3	"	
Von der Weiskerbermühle	12	"	12 Gr.
Gerichts-, Zoll- und Mühlenstrafen	2	"	
Tuchmacher Walkmühle	8	"	
Vor verkauften Weizen	60	"	
Vor verk. Roggen	1000	"	
Vor Weizenmalz	400	"	
Vor Hater	40	"	
Maßgelder von dem Müller	89	"	
Vor Raphäne von dem Müller	9	"	

An Ausgaben werden voraussichtlich erfordert:

Für den Wasserbau an der Stadtmühle	230	Taler
Für die abgebrannte Markgrafenmühle	230	"
ihr Forderhaus	1180	"
Für die Rubeburger Mühle	36	"
Für die Papiermühle	40	"
Für Reparatur am großen Spreeweher	50	"
Für Reparatur der Schneidemühle	30	"
Für die Wohnung des Mühlischreibers	7	"
Für Wohnung des Mühlenbereiters	3	"

Nach der Mühlenordnung von 1665 sollte in den außerhalb Cottbus befindlichen Amtsmühlen die Kontrolle durch „Kerbstöcker“ geführt werden, während man in der Stadtmühle für diesen Zweck Mahlzettel eingeführt hatte. Diese Einrichtung bewährte sich so gut, daß der Kurfürst am 5. Juni 1669 die Mahlzettel auch für die Markgrafenmühle verfügte. (G. St. Arch. Rep. 56 Nr. 38.) Die Mühlenordnung von 1665 und ihre Ausführungsbestimmungen wurden die Grundlage für künftige gesetzliche Bestimmungen der Mühlenverhältnisse in der Herrschaft Cottbus.

Am 14. September 1668 wurde in Peitz Johannes Sabin als neuer Mühlenschreiber angestellt. In der vom Amtshauptmann George Abraham von Grünberg und dem Mühlenschreiber und Mezeinnehmer George Bärgeßdt zu Cottbus für ihn aufgestellten Instruktion wird er verpflichtet, die kurfürstliche Mühle zu Peitz täglich zu revidieren. Mit Bezug auf die Mühlenzettel, die Art des Abmehens fanden dieselben Bestimmungen wie in Cottbus Aufnahme. Am Ende des Quartals hatte Sabin die aufgesammelten Mühlenzettel mit den aufgestellten Registern an den kurfürstlichen Mühlenhauptmann von Göhen einzuschicken.

Die vom Lande außer Tornow, Diebsdörfchen und der Lieberoßer Vorstadt gaben wie die Hammerleute nur die einfache Meze. Die Bewohner der Stadt Peitz und die Vorstädter mußten die doppelte abführen und wurden von den Windmüllern zu Tauer und Horno als unberechtigte Mahlgäste zurückgewiesen.

Der Müller in Peitz erhielt vom Malz den achten, vom Roggen, Schrot und Hafer den fünften Scheffel, daher hatte er auch den fünften Teil zu den Mählsteinen und den Schmiedekosten beizutragen. Als Besoldung wurden dem Mühlenschreiber 30 Taler zugesichert, die der Mühlenschreiber und Mezeinnehmer zu Cottbus aus den doppelten Mezgefällen zahlte sowie 6 Scheffel 2 Viertel Roggen und 6 Scheffel Gerstenmalz „Cottbusch maas“, die der Churf. Proviantverwalter und Kornschreiber zu Peitz zu entrichten hatte.

Bei dem großen Brande am 20. März 1671 wurden sämtliche Mühlengebäude vor dem Mühlentor ein Raub der Flammen. Es war natürlich, daß man bei diesem ausgebreiteten Unglück, welches fast die ganze Stadt vernichtete, nach der

Ursache forschte. Das Feuer war in der Hintermühle entstanden und hatte infolge des durch brennenden Speck entstandenen Flugfeuers, unterstützt von einem starken Südostwinde bei der beliebten Stroh- und Schindelbedachung schnelle Verbreitung gefunden. Man beschuldigte den Müller, daß er durch Fahrlässigkeit den Brand verursacht habe.

Die Erbitterung gegen ihn war allgemein, da er sich schon früher durch sein Verhalten gegen die Mahlgäste mißliebig gemacht hatte. Bereits am 28. März erhebt das Bäckergerwerf vor dem Rat laute Klagen gegen den Müller: „Der Müller hat die Mühle so angerichtet, daß das beste Mehl in die Höhe aufgeflogen ist, und damit er das Mehl erhalte, hat er einen neuen Boden über dem Mehlfasten gemacht, darauf das Staubmehl zwei Finger dick gelegen. Ebenso ist das Mühlgebieth, worauf der Stein gehet, zu des Müllers Vorteil zugerichtet, daß ein quer Finger Ritzen darauf gewesen, dadurch Schrot, Korn und Mehl unter das Rammrad gefallen. Für die Spille hat er keine teerige Buxe gehalten, die Spille ist ausgebrannt und durch die Oeffnung ist Korn und Schrot unter das Rammrad gefallen. Bei dem Anschlag sind keine rechten Hintertücher, nur böse Lappen, das beste Mehl fällt darum auf die „Wälle“ und unter das Rammrad. Bäckermeister Hans Krieße hat gesehen, daß des Müllers Ringe dort über eine Netze Mehl aufgeföhrt hat.

Der Müller führt auch keine rechten Beuteltücher. Bei dem früheren Müller haben die Bäcker ihre eignen Beutel gehabt, die der jezige abgeschafft hat, um sich einen Vorteil zu verschaffen. Er hat auch aus demselben Grunde die Beutel an der Gabel gesenkt; nachdem sich die Bäcker beschwert, ist solches zwar auf ihrer Mühle abgeschafft worden, aber nicht auf der, wo die Bürger und Bauern zu mahlen pflegen. Bei der Malzmühle ist fortgesetzt bei der Spille Malz und Schrot durch die Buxe gefallen. Als Jakob Wielands Magd ein ganzes Faß voll aufkehrte, hat der Müller die Magd geschlagen. Auch hat der Müller Branntwein in der Mühle gebraut und an die Bauern verkauft.“

Bald stand das Bäckergerwerf mit seiner Anklage gegen den Müller nicht mehr allein. Am 1. September 1671 meldete die gesamte Bürgerschaft dem Rat in einem Schreiben, daß Jakob Kieße zwar seines Amtes als Stadtmüller entsetzt sei, aber in der Markgrafenmühle glaube ankommen zu können. Es sei bekannt, daß er sich mit seinen Knechten in der Mühle voll geoffen und Karten gespielt habe, darüber sei die Mühle in Brand geraten.

Sein Reichthum rühre von vorteilhaften Griffen, her; Kieße glaube, in der Markgrafenmühle beschäftigt zu werden, wo die Bürger jezt mahlen lassen müßten. Der Rat möchte bei dem Kurfürsten vorstellig werden, Kieße nicht mehr in den Churfürstlichen Mühlen anzustellen. Dieses Gesuch ging am 7. September 1671 an den Kurfürsten ab.

Bei Johann, Gottlob Ohnesalsch Richter findet sich der Abschluß dieser den Müller belastenden Anklage: „1680 den 8. März ist Meister Riecke, voriger Stadtmüller, zu dessen Zeit vor zehn Jahren im Martio Gottbus abgebrannt, und deswegen, weil es in der Mühle ausgekommen, abgesetzt worden, in der Spree erfoffen.“

Am 4. Januar 1672 richteten Bürgermeister, Rat und Bürgerschaft an den Kurfürsten eine Petition, in der sie um Erlaß der doppelten Kriegsmeze auf eine Zeit baten und, wenn es ginge, um Festsetzung derselben auf ein gewisses Quantum, wie es verschiedenen Städten der der Neumark inkorporierten Kreise bereits zugebilligt sei. Sie begründeten ihre Bitte mit ihrer jetzigen Notlage. Leider schweigen die Akten, über den Erfolg der Eingabe.

Doch gab Friedrich Wilhelm der Stadt am 8. Februar 1673 wegen des großen Feuerschadens ein Indultum Moratorium auf drei Jahre, während welcher Zeit keine executiones gegen den Magistrat zu Gottbus verordnet werden durften, die Gläubiger (Creditores) sollten „zur geduldunge“ angewiesen werden.

Noch im Jahre 1674 war man mit dem Wiederaufbau der Stadtmühle beschäftigt. Der Rastner Marcus Blesendorf berichtet am 14. Dezember 1674, (G. St. Arch. Rep. 56, Nr. 2) daß er die „Hoffstadtselder“ nicht einschicken könne, da er die Mühle aufbauen lassen müsse.

Der große Brand hatte alle Briefe und Urkunden des Rathauses vernichtet, auch die Mühlenordnungen der früheren Zeit. Der Magistrat war im Mai 1676 genötigt, in Berlin um Abschrift derselben vorstellig zu werden. Bei dem Wiederaufbau der Mühlen war auch das gesamte Inventar erneuert worden. Die neuen Gefäße mit denen die kurfürstlichen Beamten das dem Landesherrn zustehende Mezetgetreide einnahmen, erregten bald das Mißtrauen der Bürgerschaft. Man beschuldigte den Amtskastner und Mühlenschreiber, daß sie die Mahlgäste übervorteilten.

George Laurenz Blesendorff, der Amtskastner zu Gottbus, beschwerte sich am 29. Februar 1676 bei seiner vorgesetzten Behörde über den Magistrat und den Inspektor Christian Schröder. Senator Christian Mühlpfordt hatte in öffentlicher Senatsitzung auf dem Rathause erklärt: Diejenigen, welche die Meze in der Mühle bisher zur ungebühr und übermaß genommen, sollten die Mezen bezahlen, das Geld könnte zur Abführung einer Monatskontribution verwendet werden. Inspektor Schröder hatte in Abwesenheit des Amtskastners am Sonntage Invocavit von der Kanzel herab geäußert: Es machen welche einen Malzscheffel, einen großen, da sie mit einnehmen und einen kleinen, da sie wieder mit aufmessen.

Gegen diese Beschuldigungen bat der Amtskastner den Kurfürsten um Schutz. Darauf hin verfügte der Große Kurfürst am 2. März 1676 von Cölln aus eine Untersuchung, um

festzustellen, ob der Scheffel des Mühlenschreibers wirklich um 2 Mezen und 1 Quart, wie behauptet worden war, zu groß sei, und daß er so eingerichtet sein müsse, wie er vor dem Brande gewesen.

Da der Mühlenschreiber George Bärgheldt in erster Linie belastet erschien, wandte er sich am 10. März 1676 mit einem Gesuch an Excellenz Philipp Wambold von Umbstadt, Hauptmann der Renter Cottbus und Reiz, mit der Bitte, dem Magistrat aufzugeben, seine gravamina (Beschwerden) Punkt für Punkt aufzusetzen, damit er sich verteidigen könne. Der Hauptmann befahl dies auch am 13. März und lud zugleich den Magistrat zum 20. März nach der Mühle ein, wo in seiner Gegenwart der Malzscheffel und die Tienen ausgemessen werden sollten.

Der Rat suchte nun nach neuem Beweismaterial und vernahm am 25. März 1676 weitere Zeugen.

Valentin Lobeda behauptete, von der Frau Amtskastner 2 Scheffel Weizenmalz gekauft zu haben, die ihm der Junge des Mühlenschreibers auf dessen Boden mit 9 gestrichenen Vierteln zumah. Nach dem Abmessen in der Mühle habe er zu Hause nur noch 2 Viertel und eine halbe Meze übrig gehabt, was er durch Zeugen beweisen könne.

Matthes Mosel kaufte vom Mühlenschreiber 2 Scheffel Weizenmalz für 3 Tlr. und erhielt 10 gestrichene Viertel. Nachdem der Mühlenschreiber in der Mühle die Meze genommen, blieb ihm nur soviel, wie ein Mühlenfässel ausmacht, womit man in der Mühle Rumpf aufzutragen pflegt. Catharina Küsterin brachte ein Weizenmalz in die Mühle, an dem 2 Scheffel fehlten; sie kaufte das Fehlende von dem Mühlenschreiber, der seinen Jungen in die Mühle schickte. Von ihrem Malz habe man hier den Abmehscheffel genommen und aus solchem Abmehscheffel ihr die verlangten 2 Scheffel verkauft. Auch der Böttcher Barthel Müller wurde vor den Rat gefordert (2. 5. 1676). Er sagte aus, daß er vor 14 Tagen in der Mühle gewesen sei, um den auseinanderfallenden Malzscheffel wieder zusammenzutreiben. Dabei habe er beobachtet, daß zwischen den Dauben und Brettern des Scheffels Reile steckten. Der Magistrat formulierte am 26. April die gegen Bärgheldt vorliegenden Klagepunkte, ging dabei auf die Beschwerdeschrift des Mühlenschreibers, die „zum Teil priora narrata et nunquam fundata facta, auch allerhand aliena wegen der Stadtmeze enthalte“, nicht ein, sondern stellte nur die Tatsachen fest.

1. Der Mühlenschreiber hat sich nach dem großen Brande 1671 ein neues ungewöhnliches Maß oder Faß machen lassen, womit er den Malzscheffel in der Mühle einzunehmen pflegt.

2. Dieses Maß hat schon der frühere Amtshauptmann Georg Abraham von Grünberg in der Markgrafenmühle, wo die Bürger nach dem Stadtbrande mahlen mußten, für unbillig befunden und dem Mühlenschreiber aufgetragen, „ein recht Maß“ zu machen.

3. Dieser hat trotzdem sein Maß beibehalten, obwohl festgestellt sei, daß es $1\frac{1}{2}$ Meße und ein Maßel (Quart) zuviel enthalte.

Seine Behauptung von der Unrichtigkeit der Stadtmeße auf dem Rathause, die von den Bürgern als Normalmaß betrachtet wurde, sei hinfällig, da die Stadtmeße von einer Kommission angeordnet wäre, während sein Maßscheffel diese Eigenschaft nicht besäße und durch ihn selbst eingeführt sei.

Der Rat berechnete auch den Schaden, den die Bürgerschaft durch den Mühlenschreiber erlitten hatte.

Es wurden von den Bürgern gemahlen:

Remin.	bis	Lucie	1671	426	Weizenbrauen	37	Gerstenbr.
Lucie	1671	"	"	1672	540	"	49
Lucie	1672	"	"	1673	554	"	25
"	1673	"	"	1674	508	"	104
"	1674	"	"	1675	532	"	68
"	1675	bis	29. 4.	1676	166	"	26
				2726	"		

Da der Maßscheffel des Mühlenschreibers ein Uebermaß von $1\frac{1}{2}$ Meße und einen Quart aufweist, beträgt die Uebermeße von den 2726 Weizenbrauen, ohne die eine Meße, die auf das 6. Viertel mit darein gegeben wird, 340 Scheffel drei Viertel.

Welchen Ausgang die ganze Sache nahm, ist aus den Akten nicht ersichtlich.

1689 beschwerte sich der Mühlenmeister Peter Müller zu Cottbus über den Amtskastner, weil er zur Reparatur der Spreuer und der Schalung derselben keine Anstalt machen wollte. Kurfürst Friedrich III. wies darauf am 11. Mai 1690 den Amtshauptmann Friedrich von Brand an, in Gemeinschaft mit Noachim Ernst Sachse, dem Einnehmer der doppelten Meße und Mühlenschreiber zu Cottbus, der bereits 11 Jahr in dieser Stellung war, die Sache zu untersuchen. (G. St. Arch. Rep. 56, Nr. 38.)

Im Jahre 1694 kam ein langjähriger Streit zwischen dem Rastenamt zu Cottbus und dem hiesigen Magistrat zum Abschluß, der auch die kurfürstlichen Mühlen berührte. 1683 hatte der Amtskastner Hermann Koch auf Grund alter Rechte verlangt, daß der Magistrat zur Reparatur der Stadtmühle aus der Stadttheide das nötige Holz liefere. Der Magistrat beanstandete dieses Recht nicht, hatte sich aber wohl geweigert mit der Begründung, daß die Stadttheide zur Zeit kein schlagbares Holz enthalte. Der Streit gina durch den Hauptmann Philipp Wambold von Umbstadt an den Geheimen Rat und nachdem dieser am 16. und 19. August dem Kurfürsten berichtet hatte, entschied Friedrich Wilhelm am 3. Dezember 1683, daß die Stadt zur Reparatur aller kurfürstlichen Mühlen sowie zur Ausbesserung der Brücken, Stege und Dämme das nötige Nutz- und Reisholz zu liefern habe. Sei aber die Be-

Schaffenheit der städtischen Heide dergestalt, daß das nötige Holz nicht erfolgen könnte, so solle der Hauptmann in den kurfürstlichen Gehölzen das Holz schlagen lassen.

Wenige Jahre darauf loderte der alte Jurisdiktionsstreit, der von dem früheren Rastner Marcus Blesendorf am 29. Juli 1658 durch einen gütlichen Vergleich beigelegt worden war, von neuem auf.

Roch behauptete nämlich, da der Vergleich nur durch die Neumärkische Regierung am 17. Dezember 1658 sanktioniert sei und nicht der Berliner Kammer vorgelegen habe, könne er für das Amt nicht bindend sein, zumal er niemals zur Obervanz gediehen und auch eine Reihe tatsächlicher Unrichtigkeiten enthalte. Der Kurfürst sprach das letzte Wort.

Durch die Resolution vom 4. August 1687 wurde der Hospitalhain nebst dem Schießhause, vor dem Spremberger Tor alle Vorwerke, Scheunen, Wohnhäuser, Weinberge, Gärten und Acker sowie die Wege nach der Prior hinaus sowie das Gebiet bis zum Luckauer Tor der Jurisdiktion des Magistrats zugesprochen und Hermann Roch verurteilt, aus eigenen Mitteln die Prozeßkosten zu tragen. Roch scheint nun jede Gelegenheit ergriffen zu haben, um dem Magistrat Schwierigkeiten zu bereiten.

Fußend auf eine alte Verordnung des Markgrafen Johann vom Jahre 1569 hatte der Magistrat unweit der Stadtmühle einen sogenannten Münch*) aufsetzen lassen, durch den Spreewasser in den Stadtgraben geleitet wurde, um dadurch sowohl die städtischen Brunnen zu benefizieren als auch das für die Löschung bei etwaigen Bränden nötige Wasser bereit zu haben. Roch hatte beim Geh. Rat zu Cölln Klage geführt, daß dieser Münch den Mühlen das Wasser entzöge und die Gelegenheit benütze, auch auf andere Unterlassungssünden und Eigenmächtigkeiten des Magistrats aufmerksam zu machen. So hatte schon seit Jahren der Magistrat die Freiarche und das Wehr bei der Madlower Mühle nicht gebessert, obwohl er durch die Schenkungsakte seiner Zeit verpflichtet worden war, die Mühle in wesentlichem Bau zu halten. Ebenso sollte der Magistrat das Halseisen (den Branger) an einer nicht passenden Stelle aufgestellt haben.

Der Magistrat beantwortete Rochs Klage durch eine Gegenklage.

Roch habe das zum Bau der Stadtmühle nötige Holz ohne Vorwissen und Anweisung des Rats eigenmächtig aus der Stadtheide aushauen und abholen lassen. Ebenso habe er die

*) Münch, der in die Höhe gerichtete Spund oder Rapsen im Ablauf eines Teiches, oder auch manchmal der ganze Ablauf selbst. Grimm, Wörterbuch Bd. VI. Spalte 2491.

„Will man nicht am Ende des Dammes Flutrinnen machen, so setzet man doch etliche Münche, das sind höble, breite Hölzer, an den Damm.“ Jacobson, Technol. Wörterbuch III. 85 b.

Erhöhung des Grundbaumes bei der Markgrafenmühle ausgeführt, wodurch dem Magistrat ein nicht unbeträchtlicher Schaden erwachsen sei. Kochs Frau Eva Dorothea geb. Krüger habe sich ein Bierhaus gekauft, ohne Rettel über ihr Quantum hinaus gebraut und das Bier den Kriigern zu Dissen, Striesow und Sietow verkauft. Zu dem Karpfenmarkt im Herbst habe Koch auch fremden Karpfenzüchtern gestattet, ihre Ware zu verkaufen.

Der Streit scheint auch bei den gegenseitigen Zuschriften, die infolge der Auseinandersetzungen hin und her liefen, nicht immer sachlich geblieben zu sein.

Was das Holz aus der Stadtheide zur Ausbesserung der Mühlenanbetraf, so erging schon am 26. März 1689 ein Abschied des Kurfürsten, wonach die Stadt zur Lieferung verpflichtet wurde; die anderen Streitpunkte wurden durch den Geh. Rat zu Cölln am 17. September 1691 in Gegenwart des Amtskastners Koch, des Bürgermeisters Christian Mühlphordt und des Rathsherrn Martin Andreas Titius verhandelt. Beide Teile sollten sich künftig aller Anzüglichkeiten bei 1000 Taler fiskalischer Strafe enthalten. Die Stadt hatte das Holz zu den Mühlen zu liefern, jedoch sollte der Amtskastner dieses jus lignandi forstmäßig gebrauchen. Wegen der Kreiarche zu Madlow, des Halseisens, der Erhöhung des Grundbaums bei der Markgrafenmühle sollte das Gutachten einer Kommission von Sachverständigen eingeholt werden. Kochs Ehefrau mußte sich in die Brauordnung fügen.

Bei dem Karpfenmarkt im Herbst wurde dem Rat der Alleinverkauf seiner Karpfen für 8 Tage zugestanden.

Da bei dieser Verordnung des Geh. Rats noch keine Willensäußerung des Kurfürsten vorlag, ging der Streit weiter. Am 3. April 1694 wurde ein Gutachten der Juristenfakultät der Universität Leipzig publiziert, das die bisher erangenen Bescheide des Geh. Rats bestätigte und dem Magistrat für den durch die eigenmächtigen Maßnahmen des Amtskastners erlittenen Schaden eine Entschädigung zusprach, die Koch zahlen sollte.

Koch starb bald darauf, und nun kam bald der Friede zu stande. Vom 7. bis 14. September tagte eine kurfürstliche Kommission in Cottbus, um an Ort und Stelle durch Befichtigung der fraglichen Dexter eine Entscheidung herbeizuführen. Als Sachverständige fungierten der Mühlenmeister Peter Müller und der kurfürstliche Ingenieur Grüneberg. Von seiten des Rats waren die Bürgermeister Dr. Frits und Mühlphordt sowie Syndikus Rudelius deputiert. Als Bevollmächtigter der Witwe Koch war der kurfürstliche Amtschösser zu Beeskow, Rudolf Honauer, erschienen. Der Magistrat erhielt nochmals die Jurisdiktion nach der Resolution des Kurfürsten von 1687 zugesprochen, dafür verzichtete er auf jede Entschädigung seitens der Kochschen Erben. Da die Sachverständigen die Entziehung des Wassers aus der Spree als für die Mühlen

unschädlich erklärten, wurde dem Magistrat gestattet, „aus dem alten Flußbette der Spree das Wasser in zwei Theile abzutheilen, die eine Hälfte im vorigen alten Wege nach dem Graben zu leiten, die andere Hälfte aber auf einem besonderen Weg durch einen Müch in den Stadtgraben zu führen. Der vom Rat aufgesetzte Müch wurde kassirt, ihm eine passendere Stelle im Beisein des Kastenamts angewiesen und bestimmt, der Spree nur das für die Mühlen überflüssige Wasser zu entziehen.

Der Magistrat verzichtete auf die Beseitigung des Grundbaums der Markgrafenmühle, da die Sachverständigen ihn von der Notwendigkeit dieser Maßnahme überzeugten.

Bezüglich des Behrs zwischen der kurfürstlichen Papiermühle und der Ratsmühle zu Madlow sollte bei der bevorstehenden Ausbesserung darauf gesehen werden, daß dasselbe stabilere Grundpfähle erhalte, damit man der Stadttheide nicht so viel Reisholz zu entziehen brauche.

Am Schlusse des Jahrhunderts taucht noch einmal die Madelmühle in den Akten auf. Ein Untertan des von Bombsdorff auf Gulben, das zum sächsischen Gebiet gehörte und infolgedessen nicht dem Mühlenzwange unterworfen war, wollte in der Madelmühle sein Korn mahlen lassen. Der Mühlenbereiter aus Cottbus traf ihn dabei und pfändete ihm das Mehl ab. Der Bauer wandte sich an seinen Gerichtsherrn und dieser an die sächsische Regierung. Da diese sich mit Nachdruck der Sache annahm, verfügte Kurfürst Friedrich III. am 28. Juni 1699 an den Amtshauptmann von Cottbus, Eusebius von Brand, den Amtskastner Striepe anzuweisen, dem Gulbener Bauern das abgepfändete Mehl wieder zu erstatten und ihm auch ferner nicht zu verwehren, auf der Ratsmühle zu Madlow mahlen zu lassen.

Eine spätere Abhandlung wird über die Mühlenverhältnisse in der Herrschaft Cottbus nach 1700 berichten.

Quellen:

Mühlenordnung des Markgrafen Johann 1555 (Historische Bibl. der Stadt Nr. 28.)

Mühlenordnung von 1665 (Mag.-Akten H III Fach 1 Nr. 6.) Streitigkeiten des Magistrats wegen des Abmehens in der Stadtmühle (H III, Fach 1, Nr. 7.)

Bäcker und Amtsmühlen (H III, Fach 1, Nr. 9.)

Gymnasialbibliothek p. 552 n. 2251.

Akten des Kgl. Geh. Staatsarchivs.

Meinardus. Publikationen aus den Preussischen Staatsarchiven.



